

Fisch und Vogel



Rundbrief aus der Solidarität mit Christen der Philippinen

Nr. 71

April 2010



Photo: Petra Wagenhofer

Inhalt

Nachrichten	3	Deutsche Banken im philippinischen Untergrund	14
UCCP: Protestantische Pastoren in Gefahr	6	Seminarbericht Präsidentschaftswahlen	17
Mediziner als Sicherheitsrisiko	8	Diverses aus der Solidaritätsarbeit	19
Hintergründe des Massakers von Maguindanao zu Beginn des Wahlkampfes	10	Letzte Seite	20

Liebe Leserin, lieber Leser,

Zwischen Erde und Himmel ... Kokosnüsse sind eines der wichtigsten Erzeugnisse der philippinischen Landwirtschaft und Grundstoff vielfältiger Industrieprodukte. Um die Früchte zu sehen, muss man den Blick zum Himmel wenden: in die Kronen der Palmen. Um die Kokosnüsse zu ernten, klettern mutige Menschen am Stamm der Palmen viele Meter hoch gen Himmel. Fällt die reife Frucht zur Erde, ist Vorsicht geboten. Die harte Nuss kann Tod bringend sein. Mit einem Bolo-Messer kunstvoll aufgeschlagen wird ihr köstlicher Saft jedoch zum Lebensmittel, das schon manch Durstigem einen Vorgeschmack des Himmels auf Erden geschenkt hat.

Zwischen Himmel und Erde sieht christlicher Glaube den Ort menschlicher Existenz nach Ostern. Da bleiben trotz der Mühe des Alltags Armut, Leid und Tod, vergebliche Arbeit, verwehrte Rechte, vorenthaltene Chancen, enttäuschte Hoffnungen. In diese irdische Seite menschlichen Lebens mischt sich aber eine neue Wirklichkeit: der Tod hat nicht das letzte Wort, Unrecht wird überwindbar, die Früchte fruchtbaren Bodens und menschlicher Arbeit sollen denen gehören, die ihn bebauen und pflegen, der Reichtum eines Landes muss allen BewohnerInnen zugute kommen, Bildung ist ein Menschenrecht, zu dessen Achtung und Durchsetzung jeder beitragen kann und muss, Gemeinschaft kann wachsen und sich entwickeln, wo Menschen sich in ihrer Unterschiedlichkeit und gleichwohl ähnlichen Bedürfnissen wahrnehmen, schätzen lernen und aufeinander angewiesen erleben.



Wir wünschen Ihnen / Dir immer wieder Erfahrungen des Himmels auf Erden, um den Blick zu weiten und zu schärfen für Möglichkeit und Notwendigkeit neuen Lebens schon hier und heute, damit unsere Erde zum Ort des Lebens für alle ihre BewohnerInnen wird, weil jede/r das ihr/ihm Mögliche dazu tut,

Ihre / Deine Redaktion „Fisch & Vogel“

Impressum:

Herausgeber:
Arbeitskreis Ökumenische Philippinen Konferenz
c/o Dorothea Seeliger, Jahnstr. 82, 56179 Vallendar

Redaktionsteam:
Stephanie Schüller, Martina Seltmann, Dieter Zabel

Nachrichtenredaktion:
Gabriele Hafner und Philippinenbüro im Asienhaus

Ständige Mitarbeit:
Dr. Rainer Werning

Wir freuen uns über Ihren **Unkostenbeitrag**, der das Erscheinen von Fisch & Vogel garantieren hilft:
Konto Nr. 102 195 810 bei
LIGABANK, BLZ 750 903 00

Die nächste Ausgabe von Fisch & Vogel, Nr. 72, erscheint im August 2010

Guerillas oder Gesundheitsarbeiter

Die Festnahme von 43 angeblichen NPA-Guerillas (National People's Army) in Morong in der Provinz Rizal Anfang Februar wird vom philippinischen Militär als größter Erfolg seiner Geheimdienstarbeit seit der Verhaftung von Romulo Kintanar 1991 verkauft. Die 43 Verhafteten sind alle im Gesundheitssektor tätig als Gemeindehelfer, Hebammen, Krankenschwestern und Ärzte. Das Militär soll einen Hinweis bekommen haben auf ein Training der NPA und stürmte eine Farm, in der regelmäßig Gesundheitstrainings und Erste-Hilfe-Ausbildungen stattfinden, mit 300 Mann. Die Besitzerin des Anwesens ist eine renommierte Ärztin. Geständnisse sollen unter Gewaltanwendung erpresst worden sein, Angehörige der Verhafteten berichteten von sexuellen Übergriffen. Das Militär räumte daraufhin ein, den Gefangenen würde von Soldaten bzw. weiblichen Soldatinnen beim Toilettengang und beim Waschen assistiert, da sie aus Sicherheitsgründen auch im Waschraum Handschellen tragen müssten und auch die Augen verbunden seien. Ihre Anwälte konnten die Verhafteten bisher nicht sprechen und selbst Mitarbeiter der Menschenrechtskommission bekamen keinen Zutritt zu ihnen. Anklagen sind bisher lediglich wegen illegalem Besitz von Feuerwaffen bzw. Sprengstoff erhoben worden, nicht wegen Rebellion, wie aufgrund der Beschuldigungen zu erwarten wäre. Kommentatoren stellen heraus, dass die Angeklagten möglicherweise tatsächlich NPAs sind, und verarmlosen auch nicht das reale Bedrohungspotential der NPA, doch mahnen sie, das Militär müsse Gesetze und Menschenrechte einhalten im Umgang mit den Gefangenen. Solange keine handfesten Anklagegründe geltend gemacht würden, vermuten Kommentatoren einen Propagandafeldzug des Militärs, der letztlich die Demokratie beschädige. Zuletzt meldete das Militär, bei den verhafteten Medizinerinnen sei auch Wahlkampfmateriale der links stehenden Volkspartei Bayan gefunden worden, Dies deutet drauf hin, dass der angebliche Schlag gegen die bewaffnete Guerillaarmee NPA mangels Beweisen inzwischen wenigstens noch dazu dienen soll, ungeliebte Oppositionsparteien zu diskreditieren. Inzwischen haben die für die Razzia verantwortlichen Militärs eine Auszeichnung erhalten. Viele Kommentatoren verdeutlichen den Unterschied in der Behandlung dieser Verhafteten gegen die keine substantiellen Beweise vorliegen, mit der der Mörder vom Ampatuan Massaker letzten November, die immer noch mit Samthandschuhen angefasst würden. Siehe auch den Beitrag S.6f

vgl. PDI, 28.02.2010, Business World 11.02.2010, MT 25.02.2010

Anklage gegen Massaker-Verantwortliche

Anfang Februar erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den ehemaligen Provinzgouverneur von Maguindanao, Andal Ampatuan Senior. Dem Chef eines mächtigen Familienclans, seinem Sohn und 196 Mitangeklagten wird vorgeworfen, im November vergangenen Jahres 57 Anhänger seines politischen Kontrahenten Ismail Mangudadatu ermordet zu haben. Etwa 120 Bewaffnete hatten die Wagenkolonne der Mangudadatus überfallen und neben der Ehefrau des Politikers auch Familienangehörige und 34 Journalisten brutal ermordet. Filmaufnahmen des Überfalls zeigen, wie Frauen in den Kopf und direkt in das Gesicht geschossen wurde. Trotz der Anklagen ist der Ampatuan-Clan weiter politisch aktiv, er soll insgesamt rund

3.000 Anhänger unter Waffen haben. Bei den Wahlen im Mai treten in der überwiegend von Muslimen bewohnten Provinz Maguindanao 68 Kandidaten aus der Großfamilie für politische Ämter an. Andal Ampatuan steht unter dem Verdacht, bei der letzten Präsidentenwahl durch massive Wahlfälschungen zum Sieg von Präsidentin Arroyo beigetragen zu haben.

Unterdessen wurde die Anklage wegen Rebellion gegen Mitglieder und Unterstützer des Clans aus Mangel an Beweisen vom Quezon City Regional Trial Court (RTC) fallen gelassen. Die Regierung hatte im vergangenen November die Bedrohung durch eine Rebellion geltend gemacht als Begründung für die Verhängung des Kriegsrechts über die Provinz Maguindanao und braucht nun nachträglich die Rechtfertigung für ihr Vorgehen. Die Richter befanden jedoch, dass kein öffentlicher Aufstand unter Waffen vorgelegen habe mit dem Ziel, der Regierung die Unterstützung zu entziehen oder den Regierungschef abzusetzen. Ein Sprecher der Präsidentin erklärte, man werde nun alle verfügbaren Rechtsmittel einsetzen und die Rebellions-Klage nicht fallen lassen. Überdies setze man auf die Wachsamkeit der Familien der Opfer, damit in diesem Fall ein gerechtes Urteil gefällt werde.

vgl. KNA, 09.02.2010 und BBC news 09.02.2010, PS 30.03.2010, PDI 31.03.2010

Friedensprozess zu beobachten

Um in verschiedenen Gebieten Mindanaos einen Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und der muslimischen Befreiungsbewegung MILF (Moro Islamic Liberation Front) zu überwachen, sind seit Anfang März wieder Friedensbeobachter aus Malaysia tätig. Die philippinische Regierung will die Waffenruhe als Zeichen dafür gewertet wissen, dass die Friedensverhandlungen wieder in der richtigen Spur seien. Man hofft bis Ende April auf eine Einigung, die einen mehrere Jahrzehnte dauernden bewaffneten Konflikt beenden könnte. Dabei tritt Malaysia als Vermittler auf. Zuletzt hatte die MILF einen Friedensplan der Regierung abgelehnt, weil er den Muslimen zu wenig Autonomie gewähre. Letztlich, so wurde in der langen Zeit des Konflikts deutlich, geht es aber nicht um eine religiös motivierte Auseinandersetzung, sondern um den Einfluss über besonders Ressourcen reiches Land.

vgl. BBC news 01.03.2010

Nachhilfe für die Menschenrechte

Mit Hilfe eines EU-Programms sollen extralegale Tötungen gestoppt und die Einhaltung der Menschenrechte gefördert werden. 3,9 Millionen Euro stehen bereit, um Trainings, technische Hilfe und Beratung zu finanzieren. Gefördert werden sollen die Menschenrechtskommission, aber auch zivile Menschenrechtsorganisationen und nicht zuletzt alle uniformierten Kräfte des Staats. Erfahrene europäische Experten sollen beratend bei Maßnahmen wirken, die von philippinischer Seite vorgeschlagen werden. Geleitet wird das Expertenteam von Detlev Mehlis, einem leitenden Staatsanwalt aus Berlin.

vgl. PDI 14.02.2010

Ausmalen statt Ankreuzen Computer basierte Stimmenauszählung

Zum ersten Mal wird bei den Wahlen im Mai in den Philippinen ein Computer basiertes Wahlverfahren landesweit angewandt. 1997 war ein Gesetz verabschiedet worden, das die nationale Wahlkommission Comelec verpflichtete, automatisierte Wahlsysteme einzuführen. Im vergangenen Juli unterzeichnete die Comelec einen Vertrag mit dem Gewinner der Ausschreibung für das automatisierte Verfahren: Die Firma Smartmatic und ihr Partner Total Information Management liefern für 157 Millionen Dollar das PCOS System (Precinct Count Optical Scan), eine Art Scanner, der die manuellen Eintragungen auf dem Wahlzettel einliest, speichert und zählt. Das System ist erst seit 2008 im Einsatz. Es wird bei den Wahlen im Mai jeweils ein PCOS-Gerät pro Wahlbezirk geben. In rund 100.000 Wahllokalen können die Stimmen abgegeben werden. Für den Wähler läuft die Wahlprozedur ab wie gewohnt, er füllt seinen Wahlzettel manuell aus und bringt ihn dann zu den PCOS-Geräten. Allerdings gibt es nicht das simple „Kreuzchen“ auf dem Wahlzettel, sondern der Wähler muss jeweils ein Oval vor dem Namen des Kandidaten komplett ausmalen. Kreuze machen die Stimme ungültig, und auch schlecht markierte Ovale können nicht eingelesen werden. Indes wurde über Mindanao ein Notstand verhängt, um die Stromversorgung zu stabilisieren, da dort seit Mitte März täglich für bis zu zwölf Stunden der Strom ausfiel. Die Opposition fürchtet solche Stromausfälle als Gelegenheit für Wahlbetrug und bezweifelt auch, dass die Maschinenauszählung die Ergebnisse innerhalb von 24 Stunden liefern wird, was wiederum Spielraum für Trickereien und Fälschungen eröffnet. Erwartet wird ein äußerst knapper Wahlausgang, so dass schon kleine Auszählungsfehler oder – Manipulationen ein anderes Ergebnis oder eine ungültige Wahl ergeben können.

Die Spitzenkandidaten der Liberal Party, Benigno Aquino und Mar Roxas, zählten inzwischen in einem Brief an den Vorsitzenden der Wahlkommission Comelec diverse Schwachstellen des Systems auf. So sei unter anderem die Funktion deaktiviert worden, die die ultraviolette Sicherheitsmarkierung der Wahlzettel lesen könne und auch diverse andere Sicherheitsmaßnahmen seien aus dem System genommen worden.

Kritiker geben zu Bedenken, dass in den USA seit 60 Jahren an der automatischen Stimmabgabe gefeilt werde und selbst dort lediglich 80 Prozent der Stimmen elektronisch ausgezählt würden. Sie bezweifeln daher, dass in den Philippinen auf Anhieb 100 Prozent auf dem neuen Weg korrekt ausgezählt werden können.

vgl. philippinenbüro Seminarreader Wahlen 21.03.2010, PDI 24.03.2010, MT 04.02.2010

Information statt Spekulation

Zu intensiverer Information über die automatisierte Stimmabgabe bei den kommenden Wahlen forderte der Bischof von Nueva Vizcaya, Ramon Villena, die Medien auf. Dagegen seien Spekulationen über einen möglichen Militärputsch im Fall einer gescheiterten Wahl oder massivem Wahlbetrug nicht hilfreich. Die Berichterstattung solle zunächst einmal möglichst vielen Bürgern ermöglichen, richtig informiert ihre Stimme anzugeben.

vgl. PS 30.03.2010

Wahlrends

Die Unterstützung der Wähler für Präsidentschaftskandidat Benigno „Noynoy“ Aquino nimmt nach der jüngsten Umfrage der Social Weather Station (SWS) zu. Weniger arme Filipinos wollen Aquinos Konkurrenten Manuel Villar Jr. wählen. Deutlich zugenommen hat auch in der Mittel- und Oberschicht die Absicht, Aquino zu wählen. Dadurch ist er Umfragesieger, während sich erstmals seit Dezember die Wahlaussichten von Villar verschlechtert haben. Villar hatte bisher die Umfragen angeführt. Die drittbeste Chance auf das Präsidentenamt hat nach der Umfrage der im Jahr 2000 des Amtes enthobene Ex-Präsident Joseph „Erap“ Estrada, der aber nur knapp halb so viel Zuspruch findet wie Aquino und Villar. Befragt wurden 2.100 registrierte Wähler in Manila und auf dem Land.

vgl. PDI 30.03.2010

Wahlentscheidung in den Kasernen oder auf der Straße?

Unruhe löste die Ernennung eines Arroyo-loyalen Generals zum neuen Armee-Chef aus. Obwohl Präsidentin Arroyo versprochen hat, ihren Platz nach der Wahl reibungslos für ihren Nachfolger zu räumen, fürchten die Präsidentschaftsbewerber diverse Manöver, wie sich Gloria Arroyo doch an der Macht fest klammern könnte. Der nun frisch ernannte Generalstabschef General Delfin Bangit soll bei der Wahl 2004 in Wahlmanipulationen zugunsten von Arroyo verwickelt gewesen sein. Seine Karriere ist eng mit dem politischen Aufstieg von Gloria Arroyo verknüpft. So wurde er Chef der Sicherheitstruppe der Präsidentin, als sie 2001 die Nachfolge von Joseph Estrada antrat. Er absolvierte die Philippinische Militärakademie im Jahrgang 1978, wie auch zahlreiche andere Militärs, die sich mittlerweile an führenden Positionen befinden. Dieser Jahrgang hat Präsidentin Arroyo zur Klassenkameradin Ehrenhalber ernannt. Auch Ferdinand Marcos hatte sich ein enges Verhältnis zu führenden Militärs zunutze gemacht, um im Amt zu bleiben.

Für den Fall massiver Fälschungen und Betrugereien bei der Präsidentschaftswahl fordert Benigno Aquino seine Landsleute auf, in einer Neuauflage der „gelben Revolution“ auf die Straßen zu gehen und zu protestieren. Dazu will er ein Massenbündnis aus zivilen Organisationen, NGOs, Studenten und Getreuen der Familie Aquino schmieden. Anfangs sorgte dieser Plan für ein Absinken seiner Popularitätswerte, doch laut neueren Umfragen sind fast die Hälfte der Befragten dafür, einen neuen „People-Power“-Aufstand zu wagen.

vgl. asiatimes 16.03.2010

Multimillionäre auf Listen für Basisorganisationen

In der Philippinischen Verfassung wurde 1987 die Möglichkeit verankert, dass Bevölkerungsgruppen, die von den traditionellen Parteien nicht vertreten werden, über sogenannte Parteilisten eigene Abgeordnete stellen können, wenn auch nur in sehr geringem Umfang. Bei den Wahlen im Mai treten 187 solche Parteilisten an. Doch nicht alle entsprechen dem ursprünglichen Gedanken, die unterrepräsentierten Sektoren zu vertreten. So führt die Schwägerin der Präsidentin eine Parteiliste an, die angeblich Kleinunternehmer vertreten will. Auf der Liste finden sich die Namen einiger Multimillionäre. Wie die Basis nahe Partei

Bayan und die Wahlbeobachtungsorganisation Kaya Daya betonen, müssen aber laut Verfassung die Kandidaten nicht nur als Fürsprecher für ihre Klientel auftreten, sondern selbst zu dem unter repräsentierten Sektor gehören. Außerdem finden sich auf dieser und 14 anderen Parteilisten zahlreiche Kandidaten, die enge Beziehungen zur amtierenden Präsidentin unterhalten.

vgl. PDI 31.03.2010

Arroyo auch als Abgeordnete Siegerin

Kurz vor der Wahl steht die politische Zukunft der jetzigen Präsidentin stärker im Mittelpunkt der Diskussionen als die Zukunft des Landes. Präsidentin Gloria Arroyo bewirbt sich um einen Sitz im Repräsentantenhaus für die Provinz Pampanga. Es wird daher heftig diskutiert, welche Optionen ihr der Gewinn dieses Mandats einbringen würde. So wird angenommen, sie werde das traditionell einflussreiche Amt des Parlamentssprechers anstreben (das wesentlich stärkeren Einfluss auf die Agenda des Parlaments birgt als das Amt des Bundestagspräsidenten in Deutschland). Alternativ könnte Arroyo, sofern sie über eine 90köpfige Gefolgschaft von Abgeordneten aus ihrer Partei verfügen sollte, aus dieser Gruppe einen mächtigen Block formen, der die Politik ihres Nachfolgers unterminieren könnte, vor allem auch ein Amtsenthebungsverfahren beantragen könnte. Dass die Kandidatur Arroyos vor allem taktische Gründe hat, liegt auf der Hand, da sie mit diversen Verfahren wegen Amtsmissbrauchs zu rechnen hat, wovon die Immunität der Parlamentspräsidentin sie schützen könnte. Diverse Kandidaten versprechen nun eine harte Linie gegen Arroyo, um auch damit Wähler zu werben.

vgl. PDI 27.03.2010

Neuernennungen in letzter Minute

Präsidentin Arroyo soll zwei Monate vor Ende ihrer Amtszeit noch einige wichtige Ernennungen und Entlassungen vorgenommen haben, obwohl solche sogenannten Mitternachts-Ernennungen laut Verfassung verboten sind. Die Veränderungen waren nicht offiziell angekündigt und kamen auch für die Betroffenen überraschend. Einige Kandidaten kündigten postwendend an, sie würden die Ernennungen im Falle eines Wahlsiegs sofort rückgängig machen. Dazu berechtigt sie ein Passus in der philippinischen Verfassung. Mitte März billigte der Oberste Gerichtshof der Philippinen (Supreme Court, SC) eine Ausnahme und erlaubte Präsidentin Arroyo, noch den Nachfolger des Präsidenten des SC zu ernennen. Offenbar ermutigte das die Präsidentin zu weiteren spontanen Umbesetzungen. Die Präsidentin machte beispielsweise eine frühere Klassenkameradin zur Chefin des „Tourism Promotion Board“ und den früheren Gouverneur ihrer Heimatprovinz, in der sie auch für den Abgeordnetensitz kandidiert, zum Geschäftsführer der „Tourism Infrastructure and Enterprise Zone Authority“. Die Präsidentin betonte nach Bekanntwerden der Ernennungen, sie seien alle vor der Zwei-Monats-Frist erfolgt, die Medien hätten lediglich verspätet darüber berichtet.

vgl. PS 27.03. und 29.03.2010, MB 29.03.2010, PS 29. und 30.03.2010

Botschafterin in Berlin abgesägt

Zu den Leidtragenden der last-minute Veränderungen zählt auch die bisherige philippinische Botschafterin in Berlin, Delia Domingo-Albert. Sie erfuhr am gleichen Tag von ihrer Entlassung, an dem sie von der Präsidentin eine Auszeichnung als „Herausragendste philippinische Frau in der internationalen Diplomatie“ erhielt. Zu Domingo-Alberts Nachfolger in Berlin bestimmte Gloria Arroyo den 87-jährigen Geschäftsmann Alfonso Yuchengco, der angeblich diesen Posten selbst angestrebt hat. Seine Ernennung ist noch nicht von Berlin bestätigt. Für einen möglichen Entlassungsgrund hält man skeptische Äußerungen aus der Bundesrepublik, was die faire und korrekte Wahlabwicklung bei den ersten Wahlen mit elektronischer Stimmabgabe betrifft. Ein altgedienter Diplomat betonte, man sei darüber besorgt, denn in Deutschland würden die Wahlen genau beobachtet, unter anderem weil die regierende Partei Lakas-Kampi-CMD eine Verbindung zur CDU pflegt.

vgl. PDI 27.03.1020 und 28.03.2010

Priester bedroht

Ernste Ostertage erlebt Pfarrer Eduardo Vasquez in Datu Piang in der südlichen Provinz Maguindanao: Bereits im Januar erfuhr er vom Militär, man habe die Kopie eines Briefes in dem er als Todeskandidat genannt werde. Kürzlich warnte ihn ein Freund, er solle die Drohungen nicht auf die leichte Schulter nehmen, das habe ihm ein Anführer der MILF (Moro Islamic Liberation Front) deutlich gesagt. Seither reist der Priester in seiner Pfarrei möglichst unauffällig mit verschiedenen Fahrzeugen und ist vor Einbruch der Dunkelheit zurück. Der Grund für die Todesdrohungen an Pfarrer Vasquez ist wahrscheinlich ein Dokumentarvideo, das er im letzten Jahr gedreht hat über illegale Schiebereien von Hilfsgütern, die für Flüchtlinge bestimmt waren, an skrupellose Reishändler. Außerdem hatte der Priester öffentlich kritisiert, dass humanitäre Organisationen keine Hilfsgüter an Flüchtlinge in der Region verteilen durften, weil es sich nach der Lesart des Militärs bei den Flüchtlingen um Unterstützer und Reservekräfte der muslimischen Rebellen handelte. In der Pfarrei leben rund 200 katholische Familien, die im Konflikt zwischen muslimischen Rebellen und Regierungstruppen zwischen die Fronten geraten sind.

vgl. UCAN 30.03.2010

HIV-Netzwerk entsteht

Unter Federführung der Sozialkommission der Katholischen Philippinischen Bischofskonferenz wollen Orden und andere katholische Organisationen ein Netz zur Bekämpfung von HIV/AIDS ins Leben rufen. Fachleute anderer Anti-HIV-Organisationen begrüßten diesen Schritt als genau rechtzeitig, da jüngsten Zahlen zufolge die Infektionsrate in den Philippinen einen alarmierenden Zuwachs zeigt.

vgl. UCAN 15.03.2010

Fortsetzung auf den Seiten 7 und 9



TODESDROHUNGEN GEGEN UCCP-PFARRER BERLIN GUERRERO UND RODEL CANJA

Fakten und Hintergründe

Am 27. Mai 2007 wurde UCCP-Pfarrer Berlin Guerrero kurz nach seiner Arbeit in der Pfarrei, nachdem er mit seiner Frau und seinen drei jugendlichen Kindern gerade die Kirche verlassen hatte, von einer Aufstands-
kämpfungseinheit der Naval Intelligence Security Group entführt. Er wurde von seinen Entführern mehr als 12 Stunden in Isolationshaft gehalten und gefoltert, da er angeblich einer der Führer der kommunistischen Bewegung sei. Kurz danach wurde er an die Polizei übergeben und eines 17 Jahre zurück liegenden Mordes angeklagt. Mehr als 15 Monate musste er im Gefängnis zubringen, bis das Berufungsgericht das Urteil aufhob und seine Freilassung anordnete.

Während Pfarrer Guerrero im Gefängnis saß, wurde sein Pfarrer-Kollege Rodel Canja, am 6. Mai 2008 von bewaffneten Männern entführt und psychisch gefoltert. Beide Pfarrer hatten im gleichen Seminar Theologie studiert und waren während dieser Zeit Zimmergenossen.

Pfarrer Canjas Entführer hatten von ihm verlangt, dass er kooperiere und Informationen gegen Pfarrer Guerrero liefere, z.B. über dessen angebliche Verbindungen mit der Philippinischen Kommunistischen Partei. Ihm wurde mit dem Tode gedroht, falls er keine Informationen preisgeben würde. Die Tortur dauerte etwa vier Tage. Dann wurde er mit verbundenen Augen in ein Fahrzeug gesetzt und auf einer verlassenen Straße ausgesetzt. Vorher hatten ihn seine Entführer gewarnt, dass ihm und seiner Familie etwas Schlimmes passieren würde, wenn er mit jemandem über die Ereignisse spricht.

Trotz dieser Erfahrungen haben die Pastoren Guerrero und Canja ihr Studium fortgesetzt und verschiedene Aufgaben in der Kirche übernommen. Sie engagierten sich in kirchlichen Aktivitäten ebenso wie in der Vertretung gesellschaftlich politischer Anliegen und in Nothilfe-
maßnahmen nach Taifunen. Aber die Schikanen und Drohungen gingen weiter.

Anrufe und Kurzmitteilungen durch SMS

In der letzten Novemberwoche 2009 bekam Pfarrer Canja Anrufe von einem Unbekannten, der ihn persönlich treffen wollte. Am nächsten Tag rief der Unbekannte wieder an und stellte sich dieses Mal als sein Vetter Michael vor. Pfarrer Canja aber bezweifelte die Identität des Anrufers, weil er nichts über ihn und dessen Herkunft wusste. In dieser Nacht erhielt Pastor Rodel eine Kurzmitteilung per SMS, in der er gefragt wurde, ob er kooperiere oder nicht. Wegen der ihm unbekanntes Handy-Nummer wusste Pfarrer Canja sofort, dass die SMS mit seiner und Pfarrer Guerreros Entführung zu

gun hatte. Er beantwortete sie nicht und änderte daraufhin seine SIM-Karte und sein Handy.

Am 18. Dezember 2009 erhielt Pfarrer Guerrero eine SMS-Nachricht mit dem folgenden Text: „Guten Morgen, Herr Pfarrer. Wie geht's Ihnen? Es scheint so, dass Sie ihre Politik nicht geändert haben“. Ein paar Tage zuvor hatte Pfarrer Guerrero bei einer Vorführung der Filme "Dukot" und "UCCP Sa Hamon ng Panahon" in der Universität der Philippinen in Los Banos gesprochen. Die beiden Filme dokumentieren diverse Menschenrechtsverletzungen gegen den Klerus der UCCP und ihre Mitarbeiter. Pfarrer Guerrero wurde von der Zeitung „Philippine Daily Inquirer“ darüber interviewt. Pastor Guerrero beantwortete diese SMS nicht.

Vom 18. bis 20. Januar hatten die Pfarrer Guerrero und Canja zusammen mit anderen Pastoren und Studenten des Union Theological Seminary (UTS) an einer Hilfsaktion zugunsten von Dumagats teilgenommen, der indigenen Bevölkerung in Sta. Ines, Tanay, in der Provinz Rizal, die von einem geplanten Staudammprojekt der Regierung bedroht ist. Nach dem letzten Tag der Mission, am 20. Januar, kehrten die Pfarrer zu ihren Kirchen zurück. Pastor Rodel ruhte sich aus. Am Nachmittag, als er im Begriff war zu einer Meditation in der Kapelle des UTS-Priesterseminars zu gehen, erhielt er den Handy-Anruf eines gewissen Dennis Cabalquinto, der ihn aufforderte, auf ihn in der Kirche zu warten. Cabalquinto sei schon auf dem Weg zur Kirche und wolle mit ihm über die Bedingungen einer kirchliche Taufe reden. Nach einer Weile aber war der Anrufer immer noch nicht angekommen, obwohl Pfarrer Canja ihm noch per SMS deutlich geschrieben hatte, dass er bald zu einem Termin musste.

Als Pfarrer Canja schon gehen wollte, erhielt er einen weiteren Anruf, diesmal von einer anderen mobilen Telefonnummer. Der unbekannte Anrufer warnte ihn, nicht aus der Kirche zu gehen, weil er von jemanden beobachtet würde. Der Pfarrer wollte wissen, wer der Anrufer sei. Aber dieser antwortete nur, dass er "ein Freund" sei. Nachdem Pfarrer Canja feststellte, dass der unbekannte Anrufer und der Absender der vorherigen SMS die gleiche Telefonnummer hatten, beschloss er die Kirche nicht mehr zu verlassen sondern dort zu übernachten. Doch es sollte eine schlaflose Nacht werden.

Am nächsten Tag, dem 21. Januar, machte Pfarrer Canja gewöhnliche Hausbesuche bei seinen Kirchenmitgliedern. Als er um etwa 19:00 Uhr in die Kirche zurückkehrte, kam ein Mann ohne zu klopfen ins Gemeindehaus herein. Der Pfarrer hielt ihn für den Vater eines seiner Vorschulkinder und fragte ihn, wer er sei und was er wolle. Der Mann antwortete in Tagalog: "Es ist

nicht nötig, dass Sie wissen, wer ich bin. Jemand hat mich zu Ihnen geschickt. Ich möchte ehrlich zu Ihnen sein, Herr Pfarrer. Der Chef möchte wissen, ob Sie sein Angebot annehmen oder nicht.“

Als Pfarrer Canja ihm antwortete, dass er nichts von dem Angebot wisse, erwiderte der Mann ihm: "Bitte tun Sie nicht, als ob Sie nichts davon wüssten. Wir wissen, dass Pfarrer Guerrero Mitglied der Neuen Volksarmee (NPA) ist. Wir fragen uns, warum er sich von denen ausnutzen lässt. Wir wollen, dass Sie mit uns kooperieren. Das ist alles, was wir von Ihnen verlangen. Unsere Gruppe wird Sie nicht im Stich lassen, lassen Sie uns auch nicht im Stich. Wir werden Ihnen und Ihrer Familie helfen, wenn Sie sich auf unsere Seite stellen. Wir werden Sie von hier wegbringen, da Sie sicherlich von der NPA gerächt werden."

Daraufhin fragte Pfarrer Canja den Unbekannten, ob er etwas mit seiner und Pfarrer Guerreros Entführung zu tun hatte. Der Mann antwortete: „Kann sein; kann nicht sein.“

Das Gespräch wurde unterbrochen, als die Schatzmeisterin der Gemeinde und ihr Sohn kamen, um zu fragen, wie es dem Pfarrer ginge. Kurz zuvor hatte der Unbekannte sich im Klo versteckt, als er gemerkt hatte, dass die zwei Besucher kamen. Der Mann kam erst wieder raus, als die Besucher weg waren. Bevor er ging, erinnerte er nochmal daran, mit ihnen zusammenzuarbeiten und mit niemandem über seinen Besuch und sein Anliegen zu reden.

gen zu reden.

Am nächsten Tag erhielt Pfarrer Canja mehrere Kurzmitteilungen von dem unbekanntem Absender, der ihn fragte, ob er bereit wäre, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig bedrohte er ihn.

Inzwischen erhielt auch Pfarrer Guerrero eine SMS Mitteilung, nachdem er am Protestmarsch der Kleinbauern am 21. Januar 2010 teilgenommen hatte: "Herr Pfarrer, seien Sie nicht so selbstsicher, (Sie haben) nur noch wenig Zeit" (Sender: 639.394.195.200; Empfangen: 08.05.12, 22 Januar 2010).

Später kamen noch folgende Textnachrichten:

„Guten Morgen, Herr Pfarrer. Es ist wieder Sonntag und Sie werden wieder Ihren Kirchenmitgliedern Lügen erzählen. In Wahrheit glauben Sie an keinen Gott. Haben Sie deshalb kein schlechtes Gewissen? (Sender: 639.-394.195.200; Empfangen: 07.05.24, 31. Januar 2010)

„Tag, Herr Pfarrer. Wir möchten nur sagen, dass wenn wir keine Hilfe von Ihrem Pfarrer-Kollegen bekommen, Sie jetzt Abschied von ihm nehmen sollten, da Sie ihn möglicherweise nicht mehr sehen.“ (Empfangen: 11:30:53, 3. Februar 2010)

Rev. Ricardo Bernardino, Chairperson, Community Ministries Committee, Northeast Southern Tagalog Conference, UCCPo. 9 Kanluran Road, College, Los Baños, Laguna. 5. Februar 2010

Übersetzung: Jack Catarata

Nachrichten: Fortsetzung von Seite 5

Nationalvogel braucht Schutz

Zwar leben noch einige Paare des philippinischen Adlers (*Pithecophaga jefferyi*) in freier Wildbahn, doch wird die Art ohne Schutzprogramme der Regierung für ihren Lebensraum wohl bald aussterben, fürchtet die Philippine Eagle Foundation (PEF). Besonders kritisiert die private Tierschutzorganisation den fehlenden Eifer der Regierung, Verdächtige dingfest zu machen, die in Gefangenschaft aufgezogene Adler nach deren Auswilderung getötet haben sollen. Kürzlich soll ein ausgewachsener Adler getötet worden sein, weil die Forschungen zur Arterhaltung einen Anwohner des Adlerreviers daran hinderten, illegal in dem Gebiet gefälltes Holz zu verkaufen. Die Organisation sieht in diesem Fall einen Beleg dafür, dass die Regierung bestehende Gesetze nicht umzusetzen. Nicht einmal ein Anwalt oder Reisekosten für Zeugen seien von der Regierung übernommen worden. Die Adlerschutz-Organisation unterstützt seit 1987 Forschungen für den Erhalt des Lebensraums der weltgrößten Raubvogelart. Der älteste philippinische Adler ist 40 Jahre alt, der jüngste Artgenosse ist gerade erschossen wurde. Der Sänger Popong Landero aus Mindanao hat ihm nun einen Song gewidmet.

vgl. MB 29.03.2010

Integrativer Unterricht à la filipino

Nicht exzessive Computernutzung und Reizüberflutung wie anderswo sind das Problem, wenn es um die Schulbildung der Kinder in den Bergdörfern ethnischer Völker geht. Ein Besuch in der Grundschule von Titulok in der Bergregion von Sultan Kudarat auf Mindanao zeigt andere Schwierigkeiten: Die Kinder haben dort keinen Kontakt mit der Welt außerhalb ihrer Umgebung. Nicht zuletzt haben die bewaffneten Auseinandersetzungen dort zur Isolierung der Bergdörfer geführt, es ist gefährlich, die unmittelbare Umgebung zu verlassen. Unterrichtssprache ist dort Filipino, eine Sprache, die z. B. die T'boli Kinder in Sultan Kudarat nicht verstehen, sie verlieren meist schnell das Interesse an der Schule und 60% der Schüler verlassen die Schule frühzeitig. Nun gibt es erste positive Ergebnisse eines Pilotprojekts mit multilinguaem Unterricht. Schon mit vier Jahren können die Kinder ein Vorschulprogramm in der Muttersprache besuchen, auch in den ersten Klassen sprechen die Lehrer den heimischen Dialekt und führen die Kinder an die Nationalsprache Filipino heran.

vgl. PDI Mindanao 27.03.2010

Fortsetzung auf Seite 9

Unter Generalverdacht: Mediziner als Sicherheitsrisiko

Mit der willkürlichen Verhaftung von 43 medizinischen Pflegekräften eröffnet die philippinische Regierung ihren stramm antikommunistischen Wahlkampf

Von Rainer Werning

Knapp drei Stunden dauerte der kombinierte Großeinsatz philippinischer Soldaten und Polizisten in den Morgenstunden des 6. Februar in der Ortschaft Morong in der an Manila angrenzenden Provinz Rizal, bis deren Kommandeure die Parole „mission accomplished“ ausgaben. Etwa 300 staatliche Sicherheitskräfte stürmten an jenem Samstagmorgen gewaltsam das Farmhaus von Dr. Melecia Velmonte, einer am regierungseigenen Philippine General Hospital in Manila tätigen und auf Infektionskrankheiten spezialisierten Ärztin, wo gerade ein 43-köpfiges Team von Pflegekräften einen medizinischen Fortbildungskurs absolvierte. Das Farmhaus diente in der Vergangenheit wiederholt als Trainingszentrum für landesweit in basisorientierten Gesundheitsprogrammen engagierte Mitarbeiter/innen und als Begegnungsstätte für medizinisches Fachpersonal aus dem universitären Bereich. Initiiert wurden die Kurse und Austauschprogramme maßgeblich von zwei sozialpolitisch engagierten NGOs, der eingetragenen Stiftung für gemeindeorientierte medizinische Entwicklung (COMMED) und dem landesweit verankerten Rat für Gesundheit und Entwicklung (CHD). Ohne einen gültigen Haftbefehl vorzuweisen, wurden alle Anwesenden durchsucht und gefesselt. Anschließend verband man ihnen die Augen, legte ihnen Handschellen an und transportierte sie wie Vieh auf Lastwagen und in bereitgestellten Minibussen ins benachbarte Militärcamp Capinpin.

Bereits wenige Stunden später verkündeten unisono Eduardo Ermita, Exgeneral und amtierender Exekutivsekretär von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, und Oberstleutnant Noel Detoyato, Sprecher der 2. Infanteriedivision der Philippinischen Armee, bei den 43 verhafteten Personen handele es sich um Mitglieder der Neuen Volksarmee (NPA), des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP). Die Inhaftierten hätten nicht an einem Gesundheitstraining teilgenommen, sondern seien von erfahrenen NPA-Kadern im Umgang mit Waffen und Sprengstoff unterrichtet worden. Schließlich hätte man auf dem Anwesen von Dr. Velmonte Waffen, Handgranaten und Sprengstoff gefunden – „teilweise versteckt unter Kopfkissen und Betten“. Dem widersprachen umgehend Zeugen, die miterlebt hatten, dass eine systematische Hausdurchsuchung erst stattgefunden habe, nachdem bereits alle Anwesenden abtransportiert waren.

Erst drei Tage später und nach hartnäckigem Insistieren gelang es der Vorsitzenden der staatlichen Menschenrechtskommission, Leila De Lima, dass die willkürlich Inhaftierten (kurz „Morong 43“ genannt) wenigstens von Verwandten und Bekannten besucht werden konnten. Die meisten berichteten, zwischenzeitlich körperlich und seelisch gefoltert worden zu sein, um unter Zwang Geständnisse zu erpressen. De Lima bestätigte diese Aussagen und warf den Sicherheitskräften vor, sie hätten Besuche schon viel früher zulassen müssen. Dr. Geneve Rivera, Generalsekretärin der Gesundheitsallianz für Demokratie (HEAD), berichtete, die Gefangenen hätten 36 Stunden lang mit verbundenen Augen und in Handschellen ausharren müssen. Man habe sie geschlagen, stundenlang verhört und nicht schlafen lassen. Bei den streng bewachten Toilettengängen seien sie häufig sexuell belästigt worden. Als Rechtsanwälte der „Morong 43“ beim Obersten Gerichtshof den Antrag auf Habeas Corpus für ihre Mandant/innen stellten, rügte das Gericht, den Gefangenen Rechtshilfe verweigert zu haben. Ferner ordnete es an, die Inhaftierten unverzüglich vor einem Berufungsgericht zu präsentieren. Die verantwortlichen Militär- und Polizeioffiziere folgten dieser Anordnung aber erst Tage später, am 15. Februar, als es zur ersten Anhörung kam. Armeesprecher Detoyato begründete das mit logistischen Problemen und Sicherheitsrisiken; man hätte sich vor einem NPA-Angriff schützen und einen gewaltsamen „Gefängnisausbruch“ vereiteln müssen. Überdies, so der Oberstleutnant weiter, bestehe kein Zweifel daran, dass es sich bei den festgenommenen Krankenschwestern, Ärzten und Sozialarbeiterinnen um kommunistische Sympathisant/innen handele, weil sie – wie in den frühen Jahren der Volksrepublik China – „Barfußärzte“ ausbildeten und als ihr Chefanwalt Romeo Capulong auftrete. Der auch international renommierte philippinische Menschenrechtsanwalt Capulong, der in seiner Jahrzehnte langen Praxis zahlreichen fortschrittlichen und linken Organisationen und Aktivist/innen, darunter auch dem CPP-Gründungsvorsitzenden José Maria Sison, Rechtsbeistand leistete, kontierte und warf dem Militärsprecher ein „verschrobenes Weltbild“ sowie die Unkenntnis und Missachtung von Recht und Gesetz vor.

Kommentator/innen in den Medien des Landes, zahlreiche Kirchenvertreter, Ärztereinigungen und nationale Bürgerrechtsorganisationen sowie die in Hongkong an-

sässige Asiatische Menschenrechtskommission übten scharfe Kritik an den Sicherheitskräften und warfen der Regierung vor, tatenlos zuzuschauen, dass mittels fabrizierter Anschuldigungen „ausgerechnet jenes Personal im Gesundheitswesen terrorisiert wird, das sich dafür entschieden hat, nicht ins Ausland abzuwandern“. Dr. Eleanor Jara, die Geschäftsführerin des CHD, verwies auf den selbstlosen Einsatz solcher Pflegekräfte in den entlegensten Winkeln des Landes, wo das Gros der in Armut und Arbeitslosigkeit lebenden Menschen zeit ihres Lebens keinen Arzt zu Gesicht bekommt. „Aufgrund ihres beherzten und aufopferungsvollen Einsatzes für das Wohlergehen ihrer Landsleute und trotz schwieriger Arbeitsbedingungen und geringer Verdienstmöglichkeiten engagieren sich diese Gesundheitsarbeiter/innen dort, wo ihre Hilfe am meisten vonnöten ist“. Dr. Edolina Dela Paz vom Netzwerk für Gesundheitsaktion und –information (HAIN), pflichtete ihrer Kollegin bei: „Anstatt diesen Einsatz zu würdigen, lässt es Frau Arroyo als Oberkommandierende der Streitkräfte zu, dass ihre Soldaten und Polizisten auf einen Schlag 43 solcher engagierten Pflegekräfte entführen, deren Rechte grob verletzen und Hilfsmaßnahmen für die ärmsten Gemeinden unterbinden“.

Offensichtlich erfolgte die Festnahme der „Morong 43“ im Zusammenhang mit militärischen Rückschlägen der Regierung in ihrem „Kampf gegen den Terror“. Mehrfach hat Präsidentin Arroyo, deren Amtszeit nach den Präsidentschaftswahlen am 10. Mai verfassungsgemäß am 30. Juni endet, in den vergangenen Jahren auf öffentlichen Kundgebungen und in Reden vor Offizieren der Philippinischen Militärakademie in Baguio City (nördlich von Manila gelegen) als eines ihrer Hauptvermächtnisse den militärischen Endsieg über die NPA beschworen. „Der Kampf gegen den Kommunismus“, so Frau Arroyo wörtlich, „ist der Kitt, der uns alle eint“. Zu diesem Zweck entwarfen ihre Strategen eigens die

zweiphasige Aufstandsbekämpfungsstrategie *Oplan Bantay Laya (Operationsplan Freiheitswacht)*, wonach vorrangig legale fortschrittliche und linke Gruppierungen ins Visier von Armee und Polizei genommen wurden. Das Kalkül: So sollten einerseits „die extremen bewaffneten NPA-Kämpfer“ zermürbt und zum anderen die Opfer dieser Counterinsurgency den Linken insgesamt angelastet werden – als „Opfer linker Säuberungen und Fraktionskämpfe“.

Am 2. Februar veröffentlichte das CPP-Informationsbüro eine Erklärung, die in Manila Sieges euphorien dämpfte. Darin beglückwünschte die Partei die Partisanen der NPA zu Terraingewinnen im Hinterland und lobte vor allem erfolgreiche taktische Offensiven gegen Regierungstruppen in zahlreichen Orten der Cordillera- und Bicol-Region (im Norden bzw. Südosten der Hauptinsel Luzon). Allein im ersten Monat dieses Jahres seien so zahlreiche Schnellfeuerwaffen erbeutet sowie „mindestens 28 feindliche Soldaten getötet und 25 weitere verwundet worden“. Die eigenen Verluste wurden in der Erklärung mit „vier gefallenen Roten Kämpfern“ angegeben. Aus dem Exil im niederländischen Utrecht forderte derweil Fidel V. Agcaoili, Vorsitzender des Menschenrechtskomitees der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP), der unter anderen auch die CPP und NPA angehören, in einer vom 15. Februar datierten Erklärung den sofortigen Rücktritt von Verteidigungsminister Norberto Gonzales. Dieser, so Agcaoili, habe die Inhaftierung der „Morong 43“ gedeckt, verfolge aufgrund seines „paranoiden Antikommunismus“ eine Eskalation der Kampfhandlungen und schwadroniere im Sinne psychologischer Kriegführung über angebliche Differenzen in der CPP-Führung, um von der desaströsen, mehrfach auch international kritisierten Menschenrechtspolitik des Arroyo-Regimes abzulenken

Das Manuskript wurde am 15.02.2010 abgeschlossen.

Nachrichten: Fortsetzung von den Seiten 5 und 7

Kernkraftwerke möglich

Der Provinzversammlung von Pangasinan hat mit deutlicher Mehrheit für den Bau von Kernkraftwerken aus Südkorea entlang der Küstenlinie der Provinz gestimmt. Damit wird die nationale Regierung aufgefordert, dort nach geeigneten Standorten zu suchen. Zuvor sollen allerdings noch Sicherheitsstudien erstellt werden.

vgl. PS 17.02.2010

Zahlreiche Preise für philippinische Filme

Philippinische Filmemacher sind international so erfolgreich wie nie zuvor. In den letzten 14 Monaten haben sie 34 internationale Preise gewonnen und eine rege Nach-

frage aus dem Ausland nach den Produktionen ausgelöst. Zu den erfolgreichen Filmen gehören „The Red Shoes“, „Ded na si Lolo“ („Grandpa is Dead“) und „Himpapawid Manila Skies“ von Regisseuren wie Pepe Diokno, Raymond Red and Dante Mendoza. Die philippinische Filmindustrie könne mit vielen Pfunden wuchern, so würden international vor allem die günstigen Produktionskosten bei handwerklich sauberer Arbeit hervorgehoben, die Kreativität der Filmemacher und die technischen Fähigkeiten. Der philippinische Regisseur Dante Mendoza war in Cannes für den Film „Kinatay“ ausgezeichnet worden, in Venedig gewann im Nachwuchswettbewerb Pepe Diokno mit „Engkwentro“.

vgl. MB 26.03.2010

Monsterpflege

Die Spuren des Massakers in der südphilippinischen Provinz Maguindanao am 23. November 2009 führen zum Präsidentenpalast Malacañang und markierten gleichzeitig den blutigsten Wahlkampfauftakt in der Geschichte des Landes

Von Rainer Werning

Der 23. November 2009 wird in die Geschichtsannalen der Philippinen eingehen als Schwarzer Montag. An diesem Tag wurden mindestens 57 Menschen Opfer eines Massakers, das in dieser Bestialität und kaltschnäuzig exekutierten Art ein Novum darstellte, die Nation zutiefst erschütterte und ebenso kritische wie besorgte Personen aus Medien, Universitäten, Kirchen und NGOs in den Chor einstimmen ließ, von einem „failed state“ („gescheiterten Staat“) zu sprechen.

Orchestrierter Mord

An jenem Montag hatte sich in der südphilippinischen Provinz Maguindanao ein Konvoi von Anhängern des Politikers und Vizebürgermeisters von Buluan, Esmael Mangudadatu, auf den Weg in die Provinzhauptstadt Shariff Aguak aufgemacht, um dort in einem Büro der staatlichen Wahlkommission (Comelec) fristgerecht die erforderlichen Unterlagen für seine Kandidatur als Gouverneur bei den Wahlen im Mai dieses Jahres einzureichen. Gerade weil dieser Spross des Mangudadatu-Clans wusste, dass Shariff Aguak samt Umgebung seit knapp einem Jahrzehnt vom rivalisierenden Clan der Ampatuans als exklusive politische, militärische und wirtschaftliche Domäne reklamiert wird, entschied er, dort nicht persönlich aufzukreuzen. Stattdessen wollten seine Frau und andere weibliche Verwandte und Bekannte in Begleitung mehrerer Journalisten und zwei Menschenrechtsanwältinnen die Reise antreten und die Dokumente den Verantwortlichen übergeben. Doch auf dem Weg zu ihrem Fahrtziel wurden sie von über 100 Bewaffneten blockiert, aus den Wagen gezerrt, schrecklich zugerichtet und schließlich aus nächster Entfernung erschossen. Esmael Mangudadatu und seine engsten Berater hatten sich von der Überlegung leiten lassen, dass die andere Seite wenigstens Frauen kein Haar krümmen und die Präsenz zahlreicher Vertreter lokaler und regionaler Medien respektieren würde. Eine fatale Fehleinschätzung. Bevor der Konvoi seine Todesfahrt begann, hatte Esmael Mangudadatu wiederholt bei den verantwortlichen Kommandeuren der Streitkräfte (AFP) und Polizei (PNP) um Personenschutz gebeten – vergeblich. Diese Einheiten inklusive paramilitärische Hilstruppen in Gestalt sogenannter Civilian Volunteer Organizations fühlen sich wesentlich einer Person loyal verbunden – Datu Andal Ampatuan, sr., in Personalunion Provinzgouverneur, Patriarch und Chef seines Clans, dessen Tentakeln weit über die Region hinausreichen.

Dass dieses Massaker von langer Hand vorbereitet und geplant war, ist mittlerweile durch zahlreiche Zeugen-

aussagen unbestritten. Die Mörder hatten sogar Vorkehrungen getroffen, um schnellstmöglich die Spuren ihrer Tat zu verwischen. Ein zuvor eigens an den Tatort beförderter Bagger hatte bereits Erdlöcher freigeschaufelt, um darin den gesamten Konvoi – die Wagen samt Insassen – zuzuschütten und verschwinden zu lassen. Dies gelang den Tätern nur teilweise, weil sie vorzeitig flüchteten, nachdem Überlebende und Zeugen des Massakers per Handy um Nothilfe gebeten hatten.

Staatlich sanktioniertes Feudal- und Kriegsherrentum

Die Ampatuans brüsten sich damit, verwandtschaftliche Wurzeln in Arabien zu haben und verdienten sich durch ihren Spross Datu Mamasapano Ampatuan die ersten politischen Sporen. Dieser nämlich erhielt Mitte der 1930er Jahre einen Beraterposten in der US-dominierten Kolonialadministration. In den 1990er Jahren war Andal Ampatuan, sr. Vizebürgermeister und Bürgermeister seines Ortes und gewann im Jahre 2001 – mit Unterstützung der Mangudadatus – gegen den Herausforderer Zacaria Candao die Gouverneurswahl in Maguindanao. Seitdem benannten die Ampatuans mehrere Orte in der Provinz nach ihren Vorfahren und Kindern. Bürgermeister in Datu Unsay und Hauptbeschuldigter des Massakers ist Datu Andal Ampatuan, jr., während weitere Clanmitglieder insgesamt etwa zwei Drittel aller Gemeinden und Städte Maguindanaos als feudale Land- und Warlords regieren und sie total ihrer direkten Kontrolle unterworfen haben. Ein anderer Spross der Großfamilie, Zaldy Ampatuan, schaffte es überdies im Herbst 2005, als damals gerade mal 38-jähriger zum jüngsten Gouverneur der Autonomen Region in Muslim Mindanao (ARMM) (*) aufzusteigen. Datu Michael Mastura, ein ehemaliger Kongressabgeordneter des ersten Distrikts in Maguindanao und selber Spross einer alteingesessenen, angesehenen Moro-Familie, hat das Treiben von Andal Ampatuan, sr. auf den Punkt gebracht: „Er ist wie ein Pharaoh – und so nennen die Leute ihn auch. Wer gegen seinen Willen handelt, sollte sich das vorher sehr genau überlegen“. Demgegenüber starteten die Mangudadatus ihre politische Karriere in Maguindanao, als die Nachfolgerin von Marcos, Präsidentin Corazon C. Aquino (1986-92), den Patriarchen der Familie, Datu Pua Mangudadatu, 1986 als Bürgermeister von Buluan, Maguindanao, einsetzte. Zu der Zeit unterhielten die beiden Clans noch enge, gar freundschaftliche Beziehungen.

Während der letzten Präsidentschaftswahl im Mai 2004 zeigte sich Maguindanaos Gouverneur Andal Ampatuan,

sr. als verlässlichster Regionalverbündeter von Frau Arroyo, die nicht zuletzt mit den dort errungenen Stimmen die durch massiven Betrug und Fälschungen gekennzeichnete Wahl für sich entschied. Ampatuan sorgte dafür, dass der Arroyo-Herausforderer, der populäre und überaus beliebte Ex-Schauspieler Fernando Poe, jr., weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen landete. In einigen Orten wurde dermaßen krass manipuliert, dass Poe dort nicht einmal eine einzige Stimme für sich verbuchen konnte. Nicht anders verhielt es sich bei den Senatswahlen im Sommer 2007, als das Arroyo-nahe Senatorenteam sämtliche Stimmen einheimste und die Opposition eine vernichtende Schlappe erlitt. Schließlich waren und sind die Ampatuans der Präsidentin stärkster Stützpfiler ihrer herrschenden Partei (der Koalition aus Lakas-Kampi-CMD/Christian Muslim Democrats) in Mindanao.

Straffreiheit als Staats„tugend“

„Welche Sorte Tier sind diese Killer? Wir sind schockiert und wütend. Dies ist unbeschreiblich und zutiefst verabscheuenswürdig. Dies ist ein bestialischer Akt der widerwärtigsten Art. So etwas habe ich bislang noch nicht erlebt – brutalste Rücksichtslosigkeit im Namen von Macht. Es ist dies ein Affront gegen jedwede Form von Menschlichkeit“. Diese erste Reaktion auf das Massaker aus dem Munde der Vorsitzenden der staatlichen Menschenrechtskommission (CHR) (**), Leila de Lima, brachte die Grundstimmung der Filipinos auf den Punkt. Zumal sie von einer Person geäußert wurde, die als integer gilt und sich nicht scheute, mehrfach mächtige politische Clans im Lande und das Treiben der von ihnen unterhaltenen Privatarmeen öffentlich anzuprangern. De Lima war es auch, die die zuvor von internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch sowie die vom UN-Sonderberichterstatter für außergerichtliche Hinrichtungen und willkürliche Exekutionen, Professor Philip Alston, geäußerte Kritik an der Amtsführung der Arroyo-Administration aufgriff und ein Ende der in ihrem Land praktizierten Politik der Straffreiheit forderte. Seit dem Amtsantritt von Frau Arroyo Ende Januar 2001 bis zum Massaker in Maguindanao sind über 1.000 Menschen Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen geworden und über 200 Personen „spurlos verschwunden“ – allesamt Opfer, die im Rahmen des staatlichen Aufruhrebekämpfungsprogramms „Oplan Bantay Laya“ (Operationsplan Freiheitswacht) als vermeintliche Kommunisten oder Terroristen gebrandmarkt und buchstäblich liquidiert wurden. Bislang ist keiner der Täter, die in Kreisen staatlicher Sicherheitskräfte und/oder von diesen gedungenen Schergen vermutet werden, zur Rechenschaft gezogen, geschweige denn gerichtlich belangt oder abgeurteilt worden.

Die ersten Reaktionen seitens der Regierung auf das Massaker waren – gelinde formuliert – befremdend. Zwar wurde es als „barbarisch“ verurteilt. Doch der AFP-Sprecher Oberstleutnant Romeo Brawner und Arroyos Pressesprecher Cerge Remonde sprachen in diesem Zusammenhang lediglich von einem „Vorfall“. Lorelei Fa-

jardo, die stellvertretende Pressesprecherin der Präsidentin, zitierte ihre Vorgesetzte mit den Worten: „Das ist ein Vorfall zwischen zwei Familien in Mindanao. Wir sind davon nicht betroffen“. Natürlich war man später im Präsidentenpalast Malacañang bemüht, diese Aussagen zu relativieren und Donnerstag, den 26. November 2009, im Gedenken an das Massaker als kurzfristig dekretierten nationalen Trauertag zu begehen. Die Präsidentin begründete dies mit den Worten: „Die Verpflichtung, die Menschenrechte und menschliche Würde zu achten, wird sich in den Philippinen durchsetzen!“ Um ihren Worten Taten folgen zu lassen, sandte sie ihren Berater für den Friedensprozess in Mindanao, Jesus Dureza, nach Maguindanao, um dort den Ampatuan-Clan zur Kooperation bei der Aufklärung des Massakers zu bewegen. Zeugen dieses Treffens berichteten, die Atmosphäre hätte eher der einer familiären Teeparty geglichen. Dureza begleitete sodann Andal Ampatuan, jr., den Hauptverdächtigen des Massakers, nach Manila, wo dieser der Nationalen Untersuchungsbehörde (NBI) überstellt wurde. Auf Anraten von Dureza und anderen Arroyo-Vertrauten verhängte die Präsidentin schließlich das Kriegsrecht über die beiden Provinzen Maguindanao und Sultan Kudarat sowie über Cotabato City, dem Sitz der ARMM-Regierung, und beauftragte Innenminister Ronaldo Puno, einstweilen deren Amtsgeschäfte zu übernehmen (*siehe den nebenstehenden Beitrag*). Der PNP-Chef, Generaldirektor Jesus Verzosa, „beurlaubte“ mehrere hochrangige regionale Polizeibeamte, die bei dem Massaker zugegen waren. Frau Arroyos ehemaliger Verteidigungsminister, Gilbert Teodoro, frisch gekürter Spitzenkandidat der herrschenden Lakas-Kampi-CMD bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2010, holte daraufhin unverzüglich die Mangudadatus in sein Boot, während zuvor drei Mitglieder des Ampatuan-Clans aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Gangstertum auf Gegenseitigkeit

Diese Reaktionen gossen reichlich Öl ins ohnehin lodernde Feuer. Täglich wuchs die Schar derer, die Frau Arroyos Rücktritt fordern. Die in Umfragen unbeliebteste Politikerin nach Marcos ist in zahlreiche Korruptionsaffären verwickelt, musste mit Hilfe ihrer Seilschaften mehrere Amtsenthebungsverfahren parieren und sie verdankt ihren Sieg bei der letzten Präsidentschaftswahl 2004 einzig der Manipulation seitens der staatlichen Wahlkommission (Comelec).(***) Deren damaliger Chef, Virgilio Garcillano, hatte dafür gesorgt, dass Frau Arroyo die Wahl auch mit dem von ihr gewünschten Stimmenvorsprung gewann. Pikanterweise wurden die inkriminierenden Telefongespräche zwischen den beiden von Sicherheitskräften aufgezeichnet, in denen die Präsidenten ihren Freund „Hello Garci“ um diese Schützenhilfe bat. Im Sog des von ihr bewunderten US-Präsidenten George W. Bush ordnete Frau Arroyo ein Bündel von Maßnahmen an, um Dissens und Kritiker zu kriminalisieren und in die Nähe von „Terroristen“ zu rücken. Eine diese Maßnahmen war die im Juli 2006 unterzeichnete Exekutivorder 546, die es lokalen Beamten und Politikern nunmehr auch de jure gestattete, privates bewaff-

netes Personal im Kampf gegen den „Terrorismus“ als „Verstärkungselement“ der staatlichen Sicherheitskräfte einzusetzen. Eigentlicher Anlass dazu bildete, wie Jaileen F. Jimeno in einer Anfang September 2008 veröffentlichten Recherche des Philippinischen Zentrums für investigativem Journalismus schrieb, ausgerechnet ein Wochen zuvor missglückter Anschlag auf Andal Ampatuan, sr. in Shariff Aguak, Frau Arroyo treuesten Gefolgsmann und politischen Stallgefährten in Mindanao.

Für die wachsende Schar der Kritiker und Gegner der Präsidentin steht außer Frage, dass sie und ihre Administration als Letzte legitimiert sind, die Hintergründe und den Verlauf des Massakers vom 23. November aufzuhellen und sämtliche Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Warum, so fragen sie, sollte das ausgerechnet jetzt geschehen, da es in all den über 1.000 Fällen außergerichtlicher Hinrichtungen und bei über 200 „spurlos Verschwundenen“ seit ihrem Amtsantritt keinerlei Aufklärung gab und die Täter frei herumlaufen. Tatsächlich verkörpern die Ampatuans und Frau Arroyos Klientel politische Kongenialität par excellence. Die Existenz des einen Lagers ist ohne die des anderen nicht denkbar – ein Gangstertum auf Gegenseitigkeit.

Sisyphusarbeit Krisenprävention

Die zahlreichen nationalen und internationalen säkularen und kirchlichen Institutionen, Organisationen und Hilfswerke, die sich seit langem im Verbund mit lokal und regional verankerten engagierten NGOs für eine Deeskalation der Konflikte in Mindanao engagierten, haben es heute noch schwerer, eine den Namen verdienende Friedensarbeit zu leisten. Viele ihrer Mitglieder sind zutiefst verunsichert, betrachten das Massaker vom 23. November als herben Rückschlag ihrer bisherigen Arbeit und befürchten, dass sich in der Hochphase des Wahlkampfes die Spirale politisch motivierter Gewalt immer schneller und höher dreht. Da staatlicherseits kein adäquater (Rechts-)Schutz ihres Engagements zu er-

warten ist, ist es höchste Zeit, dass sich die Vereinten Nationen darüber verständigen, wie die Administration in Manila durch politisch-diplomatische Maßnahmen dazu bewegt werden kann: einen umfassenden Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten; wirksamen Zeugenschutz bei kriminellen und terroristischen Straftaten zu garantieren; sämtliche Privatarmeen und paramilitärische Verbände aufzulösen und zu entwaffnen sowie den ins Stocken geratenen Friedensprozess mit der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) ernsthaft fortzusetzen. Sollte Manila auch weiterhin an seiner bislang verfolgten Politik der Straffreiheit festhalten, so kann das im Sinne einer notwendigen juristischen Strafverfolgung und angemessenen Entschädigung der Massakeropfer vom 23. November 2009 nur bedeuten, dies vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen und dort verhandeln zu lassen.

(*) Die ARMM mit Hauptsitz in Cotabato City entstand im August 1989 und umfasst heute die Provinzen Lanao del Sur, Maguindanao, Basilan (ohne die Hauptstadt Isabela City), Sulu und Tawi-Tawi sowie Marawi City.

(**) Die CHR hat allerdings nur beratende, keine exekutive Funktion; sie kann lediglich Untersuchungen durchführen und Empfehlungen aussprechen.

(***) Die Comelec ist keine Wahl(aufsichts)kommission im eigentlichen Sinne, sondern traditionell eine der korruptionsanfälligsten Behörden des Landes, um deren personelle Besetzung und politische Einflussnahme unter den Eliten stets heftig gebuhlt wird.

Dr. Rainer Werning, Politikwissenschaftler & Publizist, befasst sich seit 1970 intensiv mit der Konfliktlage im Süden der Philippinen. Seine jüngste Publikation zum Thema ist der von ihm mitherausgegebene Band „Conflict in Moro Land – Prospects for Peace?“, der kürzlich von der Universiti Sains Malaysia in Penang veröffentlicht wurde.

Mindanao – ressourcen- und konfliktreich

Rainer Werning

Der fundamentale Konflikt im islamischen Süden der Philippinen hat seine Wurzeln in externem Kolonialismus und interner Kolonisierung. Seit etwa 1380 unserer Zeitrechnung setzte eine relativ friedliche Islamisierung des Gebiets der heutigen Südphilippinen ein. Das Ergebnis waren hierarchisch strukturierte islamische Gesellschaften – einschließlich Sultanaten –, die es vermochten, der spanischen Kolonialmacht über den Archipel (1571-1898) zu trotzen. Zwar konnten die Spanier den Einfluss der vor ihrer Ankunft regen Handel treibenden und von ihnen abschätzig, in Anlehnung an die „Mohren“, „Mauren“ Nordafrikas genannten „Moros“ schrittweise eindämmen. Ihre Unterwerfung aber gelang erst den militärisch haushoch überlegenen Truppen der US-Kolonialherren (1898-1946), deren kommandierender General George W. Davis im Jahre 1903 erklärt hatte: „Es wird notwendig sein, nahezu sämtliche Bräuche auszumerzen, welche bislang das Leben (der Moros) auszeichneten. Sie sind ein grundlegend verschiedenes Volk; von uns unterscheiden sie sich in Gedanken, Worten und Taten, und ihre Religion wird eine ernste Hürde bei unseren Bestrebungen darstellen, sie im Sinne des Christentums zu zivilisieren. Solange der Mohammedanismus vorherrscht, kann der angelsächsischen Zivilisation nur mühsam der Weg geebnet werden.“

Etliche Jahre blieb die Moro-Provinz unter direkter Verwaltung der US-Armee. Ab 1920 setzte Washington sodann gezielt Mitglieder der nordphilippinischen Elite als Beamte im Süden ein. Die von amerikanischen Militärs trainierten Philippine Scouts sowie die Constabulary übernahmen ab den 1930er Jahren verstärkt „Ordnungsfunktionen“ im Süden. Auf dieses amerikanische Erbe besann sich nach der Unabhängigkeit der Republik der Philippinen im Sommer 1946 die – überwiegend christliche – Zentralregierung im fernen Manila. Sie verfolgte eine Doppelstrategie. Zum einen nahm sie zusammen mit dem internationalen Agrobusiness den Süden wegen seiner taifungeschützten Lage und reichen Bodenschätze für die „Entwicklung“ ins Visier. Zum anderen wollte sie durch die Umsiedlung nordphilippinischer Bauern sowie desertierter Guerilleros der Hukbalahap (Antijapanischen Volksbefreiungsarmee; 1950 umbenannt in Volksbefreiungsarmee) die sozialpolitischen Probleme in Nordluzon glätten, die sich dort aufgrund erdrückender Feudal- und Pachtverhältnisse aufgestaut hatten. Unter Präsident Ramon Magsaysay, einem Darling des CIA, fanden Mitte der 1950er Jahre die ersten größeren systematischen Umsiedlungen nach Mindanao statt. Während der Marcos-Herrschaft (1966-86) verstärkte sich dieser Trend: Fortan flankierten interne Kolonisierungsmaßnahmen die von Manila verfolgte exportorientierte Entwicklungsstrategie.

Auf Mindanao werden etwa 50 Prozent der gesamten Mais- und Kokosnuss-, 20 Prozent der Reis-, 50 Prozent der Fisch-, nahezu 100 Prozent der für den Export bestimmten Bananen- und Ananasproduktion des Landes gewonnen. 40 Prozent der Viehzucht sind dort lokalisiert, und fast 90 Prozent der Nickel-, Kobalt- und Eisenerz- sowie nahezu 100 Prozent der Bauxitvorkommen werden auf der Insel abgebaut. Bis auf Erdöl verfügen Mindanao und der Sulu-Archipel über nahezu sämtliche strategischen Rohstoffressourcen. Eine Vielzahl natürlicher Häfen und seine Fruchtbarkeit machten Mindanao zum Magneten für ausländisches Kapital. Nach einer verheerenden Kahlschlagpolitik auf der vormals mit dichtem Primärwald bewachsenen Insel wurden Grund und Boden vom internationalen Agrobusiness wie Dole, Del Monte, United Brands unter Beschlag genommen.

Betrug der muslimische Bevölkerungsanteil im Süden der Philippinen 1913 98 Prozent, so war dieser bereits 1976 auf nur 30 Prozent geschrumpft. Vor der Kolonisierung gehörten der muslimischen Bevölkerung und den Lumad (indigenen Völkern) sämtliches Land. Heute besitzen diese weniger als 15 Prozent, vorwiegend in abgelegenen, unwirtschaftlichen Gebirgsregionen. Über 80 Prozent der Moslems sind gegenwärtig landlose Pächter. Der Verwaltungsapparat, das Militär sowie der Dienstleistungs- und Handelssektor sind fest in den Händen der aus dem Norden eingeströmten Siedler. Selbst die mächtigsten Vertreter der zahlenmäßig kleinen muslimischen Elite waren ihnen während der Marcos-Herrschaft untergeordnet. Zur politischen und wirtschaftlichen Benachteiligung gesellte sich eine von Manila zielstrebig geschürte kulturelle Geringschätzung. In Schulbüchern und Schauspielen figurierten die Moros bestenfalls als Staffage oder bemitleidenswertes Schlusslicht nationaler Entwicklung.

Die Landnahme vollzog sich selbstredend nicht friedlich. Auf der einen Seite bildeten die Siedler bewaffnete Formationen – staatlich unterstützte oder geduldete Bürgerwehren und paramilitärische (christliche) Sekten. Auf der anderen Seite schossen (muslimische) Selbstschutzkommandos und bewaffnete Gangs wie Pilze nach einem warmen Regenguss aus dem Boden. Dies vergrößerte immer mehr die Gewaltkulisse. Kein Wunder, dass Mindanao seit der Marcos-Ära landesweit die mit Abstand höchstmilitarisierte Region geblieben ist. Über 60 Prozent der Kampfeinheiten der Streitkräfte waren dort ständig stationiert – zum Schutz von Siedlern und ausländischen Wirtschaftsinteressen vor dem sich neu formierenden Moro-Widerstand. Auf Mindanao bündeln sich komplexe Konfliktlinien wie in einem Brennglas – internationales Agrobusiness/Großgrundbesitzer versus Pächter und Kleinbauern und andere Klassenauseinandersetzungen; intra- und interethnische sowie religiöse Konflikte; militärische Kämpfe zwischen staatlichen Sicherheitskräften und der für Selbstbestimmung kämpfenden Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) sowie der kommunistischen Neuen Volksarmee-Guerilla; bewaffnet ausgetragene Clanfehden (Rido) zwischen einflussreichen Familien um politische Macht und wirtschaftliche Pfründe; sogenannte „lost commands“, Kriminelle, die als ehemalige Mitglieder militärischer Verbände und/oder paramilitärischer Gruppierungen heute das lukrative Geschäft von Drogenhandel, Erpressung, Auftragsmord oder Kidnapping mit Lösegelderpressung betreiben und schließlich in die Region abkommandierte US-amerikanische Eliteeinheiten, die im Rahmen des Antiterrorfeldzuges die als islamistisch eingestufte Abu Sayyaf-Gruppe im Visier haben. Und dafür sorgen, dass grassierende Armut, Gewalt, Vertreibung und Entwicklungsresistenz zum traurigen Markenzeichen dieser Region geworden sind. Seit 1970 kosteten diese Konflikte zwischen 120.000 und 150.000 Menschen das Leben. Ganz zu schweigen von den Hunderttausenden Entwurzelten und Vertriebenen, die entweder auf Mindanao und den Nachbarinseln Basilan und Jolo als interne Flüchtlinge oder „auf Abruf“ im angrenzenden ostmalaysischen Bundesstaat Sabah leben.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Die deutsche Rohstoffstrategie und ihre Bedeutung in den Philippinen

von Agnes Gruber und Michael Reckordt

„Manche unserer Verhandlungspartner in den sich gerade entwickelnden Staaten werden uns darauf hinweisen, dass die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und Arbeitskräfte in den letzten beiden Jahrhunderten unter Beteiligung der Europäer so edel und sozial verantwortungsvoll nun auch nicht gewesen sei. Das ist richtig“, räumte Roland Koch, CDU-Ministerpräsident von Hessen, in seiner Kolumne am 28. Juni 2007 in der FAZ ein. Doch seine daraus abgeleitete Folgerung mutet seltsam an: „Wir werden das Selbstbewusstsein entwickeln müssen, trotz dieser geschichtlichen Verantwortung – teilweise auch Schuld – einzufordern, dass heute Regeln gefunden werden, die unsere Interessen am Erhalt unseres Wohlstandes angemessen berücksichtigen.“

Nachdem der globale Handel mit fast allen Produkten durch Regularien der Welthandelsorganisation (WTO) und bilaterale Handelsverträge weitgehend liberalisiert wurde, liegt seit einigen Jahren ein besonderes Augenmerk auf der Liberalisierung der Ressourcenbeschaffung. In Deutschland zeichnet in erster Linie die deutsche Industrie für eine Forcierung der Diskussion zuständig. Gründe dafür waren die vor der Weltwirtschaftskrise ansteigenden Preise sowie das Auftreten neuer Konkurrenten wie China. Deren Auftreten auf globalen Rohstoffmärkten verängstigt die deutsche Industrie. So suchte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) spätestens seit 2007 intensiv die Unterstützung der Bundesregierung und der EU, um ihre Ziele wie Rohstoffsicherheit und den günstigen Zugang zu Rohstoffen durchzusetzen¹. Das Bundeswirtschaftsministerium gab dem Drängen im Jahr 2007 nach und veröffentlichte, noch unter der Großen Koalition, ein Positionspapier: „Elemente einer Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung“. Dieses Dokument war „Ergebnis zahlreicher Fachgespräche und Tagungen sowie Gutachten und Expertisen zu speziellen rohstoffwirtschaftlichen Themen und ziel[t] insbesondere auf die sichere Versorgung der deutschen Industrie mit metallischen und nichtmetallischen Industrierohstoffen ab“ (aus: Deutsche Bundesregierung (2007): Elemente einer Rohstoffstrategie der deutschen Bundesregierung).

Ein Großteil der importierten Industrierohstoffe werden in Ländern abgebaut, die Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sind. In vielen Fällen haben Rohstoffreichtum und –ausbeutung allerdings negative Effekte in diesen Staaten durch Vertreibung der vormaligen LandbesitzerInnen - häufig indigene Gruppen - durch Einschüchterungen und Morde an Oppositionellen, die sich gegen die Folgen des Bergbaus wehren. Nicht selten fördert Rohstoff-

gewinnung gewalttätige Konflikte, wie am Beispiel der Blutdiamanten in Sierra Leone, Koltan im Kongo oder Erdöl in Nigeria ersichtlich ist.

Obwohl sich das deutsche Außenministerium in den letzten Jahren stets historisch kohärent auf die Einhaltung der Menschenrechte beruft und gerne damit kokettiert, diese auch bei Staaten wie China einzufordern, findet das Thema Menschenrechtsverletzungen in den „Elemente(n) einer Rohstoffstrategie“ keinerlei Beachtung. Ressourcensicherheit wird ohne die Themen Einhaltung von Menschenrechten und die Verantwortung der deutschen Industrie bei deren Missachtung diskutiert. Die deutsche Regierung beruft sich einzig und allein auf Transparenz-Initiativen, obwohl diese häufig umstritten sind und ihre Effektivität fraglich ist.

Für das Positionspapier zu den Rohstoffen wurde obendrein nur wirtschaftliche Expertise zu Rate gezogen, trotz der mannigfachen Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit. Mit dem Machtwechsel im September 2009 fand, wie nicht anders zu erwarten, kein Positionswechsel statt. CDU/CSU und FDP werben für „Entwicklungsstrategien aus einem Guss“ (Leitlinien Liberaler Entwicklungspolitik, Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 10. Dezember 2007) bzw. für eine ganzheitliche Rohstoffpolitik, die vor allem die enge Verzahnung von Rohstoffversorgung, Handels- und Entwicklungspolitik umfasst. Der Grundtenor lautet: wer seine Märkte öffnet und seine Rohstoffe verkauft, dieses Geld im Sinne der Entwicklung des Landes einsetzt, dessen Bevölkerung profitiert von dem „Rohstoffsegen“.

Was bedeutet diese Politik für ein Land des globalen Südens wie Philippinen?

“We really need to get rid of the big sign on the law that says ‘Poor country. Will trade environment for investment.’” (House Rep. Tanada, 01.02.2010), so der philippinische Abgeordnete Tanada zur Realität des „Rohstoffsegens“. Es sei an der Zeit, wenn die Entscheidung zwischen Gold und Reis zu treffen sei, sich

¹ „Rohstoffsicherheit ist von strategischer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Zur Sicherung unserer Versorgung mit metallischen Rohstoffen müssen Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen.“ (aus: Konrad Adenauer Stiftung (2007): Rohstoffsicherheit – Herausforderung für die Entwicklungspolitik)

für Reis zu entscheiden: Bergbau, so die lebensbedrohende Erfahrung der Bevölkerung und das Ergebnis wissenschaftlicher Studien gleichermaßen, habe direkten Einfluss auf für die Nahrungsmittelproduktion ausschlaggebende ökologische Faktoren. Tanada ist einer von fünf Abgeordneten, die sich mit dem am 13. Mai 2009 eingebrachten Gesetzesvorschlag einer *Alternative Mining Bill* (AMB) für eine massive Kehrtwende in der Regierungspolitik den Bergbau betreffend einsetzen. Das Anliegen des aktuell gültigen Gesetzes, des *Mining Act* von 1995, war und ist, die Attraktivität der Ausbeutung philippinischer Rohstoffe für ausländische Investoren zu erhöhen. Die *Alternative Mining Bill* stellt in starkem Kontrast dazu die Frage nach der Verantwortlichkeit für die massiven Folgen des „Ausschöpfens der Entwicklungspotentiale“ – oft ohne Rücksicht auf Verluste und bereitwillig finanziert durch Investoren, die so für internationale und auch deutsche Rohstoffsicherheit eintreten.

In den Philippinen, wie in vielen anderen Staaten, scheiden sich am Thema Bergbau die Geister. Zum einen scheint ein Sachzwang vorzuliegen, der Regierungen dazu zwingt, weltmarktorientierte, devisenbringende Entwicklungspotentiale auszuschöpfen; auf der anderen Seite widerspricht das einer nachhaltigen, selbstbestimmten und lokalen Entwicklungsstrategie. Am Beispiel des Landes der Indigenen wird dies besonders deutlich. Während die philippinische Regierung *Investment Defense Forces* (IDF) zum Schutz von Bergwerken und Infrastruktur aufstellen lässt, prangern MenschenrechtsvertreterInnen die deutlichen Parallelen zwischen Militarisierung und Erschließung indigener Territorien für Bergbaukonzerne an.

Die *Lepanto Consolidated Mining Company*, 1936 in den Philippinen gegründet, ist derzeit tätig beim Abbau der Victoria und Teresa Goldvorkommen in Mankayan (Benguet, Luzon). Lepanto wird von deutschem Geld gefördert. So schloss das Unternehmen im Dezember 1998 ein Kreditabkommen u.a. mit der Dresdner Bank – mittlerweile Teil der Commerzbank – über ein Kreditvolumen von gut 25 Mio. Euro ab. Im Jahr 2006 wurde ein *Gold Delivery Agreement* abgeschlossen, dass Lepanto 11,4 Mio. Euro zur Verfügung stellt. Lepanto verpflichtet sich in dem Abkommen, 200 bis 250 Unzen Gold monatlich zur Rückzahlung des Kredites zu liefern.

Dabei ist der Bergbau von Lepanto alles andere als unumstritten. Die Chronologie der Umweltkatastrophen in Mankayan erstreckt sich mittlerweile über 70 Jahre und korreliert mit der Ignoranz des Konzerns gegenüber Umweltbelangen und der Sicherheit der Bevölkerung. Ende der 1960er-Jahre musste die lokale Bevölkerung feststellen, dass das Land zunehmend unbrauchbar für Landwirtschaft wurde, da Lepanto zu dieser Zeit schon seit über drei Jahrzehnten Abwässer in den Flüssen der Region entsorgte. Seit

Ende der 1970er Jahre kontaminierten Abwässer nach Damnbrüchen mehrfach die Reisfelder. 1985 konstatierten die Bewohner Mankayans abnormes Verdorren von Pflanzen, Erkranken von Tieren, sowie Atemwegserkrankungen in der Bevölkerung. 1998 sanken Häuserreihen entlang der Aurora Street in Brgy. Poblacion um drei Meter in die Tiefe. Im Juli 2006 verursachte ein Erdbeben und massives Absinken des Bodens die Zerstörung von Häusern, Gärten und Wasserversorgung. Ein Bewohner wurde lebendig begraben, das zweistöckige Schulgebäude sowie Teile des Highways wurden zerstört, 14 Ha. Land waren verwüstet. Im Juni 2009 kam es erneut zum Absinken des Erdbodens. Der lokale Gouverneur erklärte den Ausnahmezustand. Anfang Oktober desselben Jahres tötete ein Erdbeben über 40 Bewohner.

“We are not safe in our own homes, knowing that anytime, disasters are waiting to happen. We want to live safely and pass on our Mankayan to our children and grandchildren” (Wir sind in unseren Häusern jederzeit hereinbrechen können. Wir möchten aber sicher leben und unser Mankayan unseren Kindern und Enkeln übergeben), schreiben die Versammelten der Mankayan Communities am 16. Juli 2009 in einer Erklärung. Sie fordern von Lepanto Aufklärung über die tatsächliche Verortung der Operationen des Konzerns, insbesondere über diejenigen in der Nähe oder um die abgesunkenen Gebiete. Die Sicherheit der Bevölkerung Mankayans soll Priorität besitzen.

Responsible Mining?

Seit der Verabschiedung des Bergbaugesetzes *Philippine Mining Act* (RA 7942) im Jahr 1995 kam es zu einer Revitalisierung der philippinischen Bergbauindustrie. Unter der Arroyo-Administration erfolgte der Politikwechsel von der Tolerierung der Ausbeutung zu einer expliziten Förderung von Investitionen (vgl. Grabowski 2008). Unter dem Slogan „Responsible Mining“ soll, so die Vorstellung und Argumentation der Regierung, das Bergbaugeschäft nach *Best-Practice*-Modellen ablaufen: Es basiert auf den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung, inkludiert den Schutz der indigenen Bevölkerung und den Anteil aller Beteiligten und Betroffenen an den Gewinnen sowie strenge soziale und Umwelt-Kriterien. Doch die Liste der Kritikpunkte ist lang: Aktuell verlässt man sich auf die freiwillige Kooperation der Bergbaukonzerne. Die tatsächliche Umsetzung hängt wesentlich von der Fähigkeit der Regierung ab, die Schutzmaßnahmen zu implementieren bzw. zu erzwingen. Doch Korruption und Bestechung verhindern eine effektive Durchsetzung der Kriterien. Gesetzlich vorgeschriebene Schutzmaßnahmen² werden häufig nur zum Schein

² Partizipativer Prozess, Zustimmung der Bevölkerung (*Free and Prior Informed Consent*), Einschätzung der Folgen für die Umwelt (*Environmental Impact Assessment*) etc.

anerkannt. Was die Bergbauindustrie vorzuweisen hatte, resultierte in enormem sozialem Misstrauen und kann keineswegs mit „verantwortungsvollem Bergbau“ betitelt werden.

Wesentliche Veränderung, die der alternative Gesetzesvorschlag beinhaltet, ist die Maximierung der potentiellen Vorteile der philippinischen Bevölkerung, wobei allgemein dafür plädiert wird, das Minengeschäft weitgehend einzuschränken, da es Prinzipien nachhaltiger Entwicklung fundamental entgegenstehe. Die Anteile der Regierung – oder ggf. die der indigenen Bevölkerung – am Profit sollen radikal erhöht werden, während Konzerne in zu 100% ausländischem Besitz aus dem Geschäft ausgeschlossen werden.³ Abbau-Verträge mit Bergbaukonzernen können aufgrund von Menschenrechtsverletzungen sowie Vorstößen gegen das neue Gesetz widerrufen, ausgesetzt oder beendet werden. Eine internationale Versicherung zur Absicherung potentieller Umweltrisiken bzw. deren Bearbeitung ist Voraussetzung für die Tätigkeit eines Konzerns. Die *Alternative Mining Bill* stellt eine wesentliche Fokusverschiebung dar. Sie nimmt die Risiken von Bergbaugroßprojekten ernst und will das Entstehen der Verantwortlichen, um Rechte und Überleben betroffener Bevölkerung effektiv zusichern.

Der alternative Gesetzesvorschlag wird seit Mai 2009 im Kongress diskutiert, die Position der AMB ist allerdings sehr fragil, eine Durchsetzung eher unwahrscheinlich. Zwar eint der Gesetzentwurf breite und heterogene Teile der Zivilgesellschaft wie auch des politisch-liberalen Spektrums. Unter den Unterstützern findet sich u.a. die Philippinische Bischofskonferenz neben NGOs, die als radikal-linke VertreterInnen gelten. Die Gegenposition aber ließ nicht lange auf sich warten: Bereits seit Ende Mai 2009 ist auf 57 Seiten, inklusive Aufführung von 17 potentiell verfassungswidrigen Punkten der AMB, nachzulesen, warum keinerlei Bedarf für diesen radikalen Gesetzesvorschlag bestehe, da die Bergbauindustrie wesentlicher Katalysator für die Armutsminderung in ländlichen Regionen und treibende Kraft der nationalen (Wirtschafts-)Entwicklung sei. Der *Mining Act* von 1995 sei funktional und keineswegs revisionsbedürftig (*Chamber of Mines of the Philippines* 2009), so die Industrielobby.

Fazit

Die *Alternative Mining Bill* fordert ein Umdenken; Sicherheit und Rechte der lokalen Bevölkerung sollen

nicht weiterhin den an Deviseneinnahmen orientierten Entwicklungsvorstellungen der Regierung untergeordnet werden. Die Befürworter des alternativen Gesetzesvorschlags wollen keine internationalen Investitionen um jeden Preis. Wollen wir Rohstoffsicherheit um jeden Preis? Sollen Sicherheit und Rechte der philippinischen Bevölkerung der selbstbewusst eingeforderten und mit deutschem Geld finanzierten Absicherung unseres Wohlstands untergeordnet werden? Sollten sich nicht auch deutsche Firmen und Investoren an Mindeststandards halten müssen? Deutsche Investitionen und die deutsche Rohstoffbeschaffungspolitik haben Konsequenzen in den Rohstoff exportierenden Staaten. Die Nicht-Thematisierung dieser Konsequenzen, seien es desaströse Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen, spricht die handelnden Akteure nicht von der Verantwortung frei, die sie mittragen. *Responsible Mining* meint daher nicht nur die tatsächliche Umsetzung bestehender Gesetze in den Philippinen und mit der *Anti-Mining-Bill* Alternativen zu diskutieren, sondern auch in Deutschland und Europa die Rohstoffpolitik der jeweiligen Regierungen zu hinterfragen.

Literaturhinweise:

Grabowski, Maike (2008): Deutsches Geld für philippinisches Gold. Wie deutsche Banken den Großbergbau in den Philippinen mitfinanzieren; In: Südostasien Jg. 2008, Nr. 1, S. 74, 27.03.2007; 5 S. (online: <http://www.asienhaus.de/public/archiv/2008-1-074.pdf>)

Bergmann, Janine und Grabowski, Maike (Hrsg. / 2009): Entwicklungsaggression am Beispiel Bergbau in den Philippinen - Menschenrechtsverletzungen infolge neoliberaler Wirtschaftspolitik und internationaler Entwicklungspolitik in den Philippinen; 2009/ 32/ 60, Focus Asien #32; Essen, 31.03.2009; 60 Seiten (online: <http://www.asienhaus.de/public/archiv/focus32.pdf>)

Weitere Informationen auch unter: www.philippinenbuero.de

Zu den AutorInnen:

Agnes Gruber studiert internationale Entwicklung und Politikwissenschaften in Wien, ist Mitglied im philippinenbüro und hat ein Praktikum in den Cordilleren gemacht.

Michael Reckardt ist Geschäftsführer des philippinenbüros und arbeitet zum Thema Verantwortung deutscher Banken bei Investitionen in den internationalen Bergbau.

³ Laut philippinischer Verfassung ist es einem Unternehmen nur gestattet, 40%-Anteile an einem Unternehmen zu halten. Die einzige Ausnahme ist der Bergbau-Sektor. Daher wurde der Mining Act von 1995 vom Obersten Gerichtshof zwischenzeitlich als „nicht verfassungskonform“ erklärt. Auf Grund des Drucks durch die Regierung wurde diese Entscheidung revidiert.

Kaya Yan! Yes We Can – Präsidentenwahlen 2010 in den Philippinen

Von Katharina Wilkin und Lilli Breiningner

Vom 20. - 21. März 2010 versammelten sich fast 50 Teilnehmer/innen zum diesjährigen Jahresseminar des **philippinenbüros** in Bonn. Im Zentrum standen die bevorstehenden Präsidentenwahlen in den Philippinen.

Nach 9-jähriger Amtszeit von Gloria Macapagal-Arroyo, die insbesondere durch Wahlbetrug ermöglicht und durch politische Morde, verschiedene Korruptionsskandale und mehrere Amtsenthebungsverfahren geprägt worden sind, wird am 10. Mai ihr Nachfolger gewählt. Neben dem Präsidentenamt wird auch dessen Vize, 12 Senator/innen und 256 Plätze im Repräsentantenhaus neu besetzt.

Nach der Begrüßung durch Geschäftsführer Michael Reckordt und Moderatorin Katharina Stahlenbrecher führte Niklas Reese die Teilnehmer/innen in das philippinische Wahlsystem und die Absichten der Parteien und ihrer Kandidaten ein.

Zum Zeitpunkt des Seminars versprachen aktuelle Umfragen ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Kandidaten „Noynoy“ Aquino und „Manny“ Villar. Beide waren in den Umfragen der *Social Weather Station* (SWS) mit 36% bzw. 34% (SWS-Umfrage Ende Februar 2010) den anderen sieben Kandidaten weit voraus. Aquino, Sohn der ehemaligen Präsidentin „Cory“ Aquino, stützt sich bei seinem Wahlkampf besonders auf die Themen Korruptionsbekämpfung und *good governance*. Villar hingegen, aufgewachsen in ärmeren Verhältnissen und heute einer der reichsten Geschäftsmänner der Philippinen, setzt auf die *pro-poor*-Strategie und hofft damit auf die Stimmen aus der Unterschicht.

Eine bessere Einordnung in den internationalen Zusammenhang ermöglichte Patrick Ziegenhain von der Universität Trier mit seinem Vortrag „Demokratisierung im internationalen Vergleich“. Schaut man sich die Demokratisierungsprozesse in anderen Ländern Südostasiens an, fällt auf, dass die Philippinen ihre gute Ausgangslage nach der Unabhängigkeit von den USA nur sehr schlecht genutzt haben. Während einige Staaten, wie Indonesien nach dem Sturz Suhartos 1998, große Fortschritte auf dem Weg zu einer stabilen demokratischen Struktur machen, kann in den Philippinen derzeit eher von rückschrittlichen Entwicklungen gesprochen werden. Ein Vergleich mit den zeitgleichen Landtagswahlen in NRW zeigte, dass die Parteizugehörigkeit in Deutschland eine wesentlich größere Rolle spielt als in den Philippinen⁴.

Dass es einen Zusammenhang zwischen Wahlen und politischer Gewalt in den Philippinen gibt, ist spätestens seit dem Massaker in Maguindanao allgemein bekannt. Philipp Bück, Philippinenreferent der Wiener Dreikönigs-

aktion, informierte über die näheren Hintergründe und Entwicklungen und regte damit intensive Diskussionen an. Durch das große Interesse an diesem Thema wurde kurzerhand ein dritter Workshop unter Moderation von Philipp Bück und Silvio Köhler, Koordinator des Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen, für den Nachmittag initiiert.

Die acht Mitglieder der Wahlbeobachtung 2010 wurden vom EED-Wahlexperten Heiko Mainhardt in die Grundzüge internationaler Wahlbeobachtung eingeführt. Alle anderen Seminarteilnehmer teilten sich zwischen den Themen *Wahlen und Politische Gewalt* und *Filipin@s in NRW: Wahlen und Demokratie* auf. Letzterer setzte sich unter Leitung von Elsie Joy dela Cruz mit den Möglichkeiten der in Deutschland lebenden Filipin@s auseinander und wie diese in das Wahlgesehen in ihrem Heimatland durch Briefwahl, Informationsarbeit etc. eingreifen können. Da die ca. 8 Millionen Oversea Filipino Workers (OFWs) einen beträchtlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten und ihren Familien essentielle Unterstützung zukommen lassen, wird auch ihnen die Möglichkeit geboten, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Eric Gutierrez, Politikwissenschaftler und Autor in den Philippinen, erläuterte am Sonntagmorgen die politische Lage der traditionellen Politik(er) „Trapo Politics“ und die daraus resultierenden Möglichkeiten und Probleme der sogenannten *grassroot democracy* oder „New Politics“. An vielen historischen und aktuellen Beispielen hat Gutierrez verdeutlicht, dass die Politik in den Philippinen sehr personifiziert wird und im Allgemeinen mit gewissen familiären und/oder wirtschaftlichen Beziehungen Hand in Hand geht. Im Gegensatz dazu bietet das progressive Lager viele gute Alternativen, wobei die tatsächliche Macht dieses sozialen Netzwerkes nicht an Personen festgemacht werden kann. Die nachhaltige Verbesserung grundlegender Strukturen und Institutionen bleibt jedoch eine große Herausforderung.

Das **philippinenbüro** wird das Thema weiterverfolgen und während der Wahlbeobachtung aktuelle Entwicklungen und Informationen zugänglich machen:

(<http://blog.asienhaus.de/philippinen/>)

Unter www.philippinenbuero.de stehen die Beiträge des Seminars zum Download bereit.

Lilli Breiningner ist Halb-Filipina und Studentin der Universität Trier mit den Fächern Soziologie, Ethnologie und Psychologie. Sie hat ihre Magisterarbeit über Indigene in Mindanao geschrieben und ist aktives Mitglied des Philippinenbüros.

Katharina Wilkin studiert Raumplanung mit dem Schwerpunkt Katastrophenvorsorge und Risikomanagement und hat für ihre Diplomarbeit ein Praktikum in den Philippinen gemacht.

⁴ So hat z.B. Präsidentschaftskandidat Gilbert Teodoro erst kürzlich sein Amt als Parteivorsitzender der großen philippinischen Partei Lakas-Kampi niedergelegt.

25 Jahre Ökumenische Philippinen Konferenz (ÖPK)

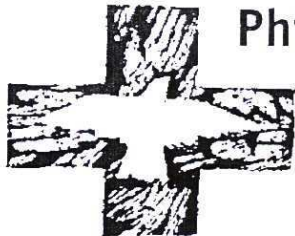
In der Spätphase der Marcos-Diktatur bündelten u.a. progressive Kirchenkreise in Europa und USA ihre Ressourcen, um ihre Schwesternkirchen in den Philippinen in ihrem Widerstand gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen moralisch, politisch und finanziell zu unterstützen.

Seit 1985 treffen sich in Deutschland jedes Jahr Vertreter/innen kirchlicher Hilfs- und Missionswerke, Orden,

Solidaritätsinitiativen und Gemeinden mit Partnerschaftsbeziehungen zu den Philippinen. An einem Wochenende im Oktober stehen gemeinsame Analyse, grundlegende Information, gegenseitiger Austausch, miteinander feiern und reichlich Gelegenheit zu Kontakt und Kommunikation auf der Tagesordnung. Die Konferenz ist für alle Interessierten offen und findet wachsenden Zuspruch: zum langfristigen Kern philippinischer und deutscher Teilnehmer/innen stoßen immer wieder neue, oft junge Leute etwa in Verbindung mit einem Freiwilligendienst in den Philippinen hinzu.

Die nächste ÖPK findet vom 15. bis 17. Oktober 2010 in Eisenach statt.

Kontakt: Dorothea Seeliger, mail: doseeliger@aol.com



Ökumenische Philippinenkonferenz in Deutschland

Fortsetzungsausschuß

c/o Dorothea Seeliger

Jahnstr. 82
D-56179 Vallendar

Tel.: 0261 / 6 33 51
Fax: 0261 / 6 65 21

doseeliger@t-online.de

Anzeige-----

Studienreise Fairer Handel mit Philippinen

10.- 29. Januar 2011

Zur **Vorbereitung** und als Entscheidungshilfe führen wir zwei Philippinenseminare durch. Dabei werden wir uns die Philippinen vertrauter machen. Unterstützen und begleiten werden uns dabei unser Reiseleiter Dieter Zabel sowie Niklas Reese und Dr. Rainer Werning, die über vielfältige Einblicke und Erfahrungen in den Philippinen verfügen.

Zahl der **TeilnehmerInnen**: maximal **12 Personen** (Genossenschaftsmitglieder des FAIR Handelshauses Bayern haben Vorrang).

Reiseleitung: Dieter Zabel. Er hat als Menschenrechtsreferent von missio München zahlreiche Studienreisen in die Philippinen durchgeführt.

Ziel der Reise: Unsere Projektpartnerreise verstehen wir als entwicklungspolitische Studienreise. Ziel ist, dass Verantwortliche und Multiplikator/inn/en des Fairen Handels in Bayern aus erster Hand die

Auswirkungen ihres Engagements kennen und beurteilen lernen. Durch persönliche Begegnungen und Besichtigungen vor Ort wollen wir befähigen, als Wissensträger/innen für Fair-Handels-Engagierte in Bayern zu fungieren. Dazu tragen verschiedene Facetten des Fairen Handels in den Philippinen bei. Besucht werden Organisationen mit unterschiedlichem Bezug zu Fairem Handel:

- Preda, Olongapo (Mango, Handwerk): Fairer Handel als Prävention im Kontext von sexuellem Missbrauch
- Alter Trade Bacolod City (Zucker): Fairer Handel als Armutsbekämpfungsstrategie in einer einschlägig landwirtschaftlich geprägten Region (Zuckerrohrinsel Negros)
- Recyclebar, Malate, Metro Manila (Taschen aus Recycling-Material): Fairer Handel als Armutsbekämpfungsstrategie im Kontext städtischer Slumsiedlungen –
- Saffrudi, Manila: GEPA-Handelspartner im Handwerksbereich: Wirkungen des Fairen Handels bei Kunsthandwerkern / Zusammenspiel von Produzentengruppen und Vermarktungsorganisation
- Peoples' Global , Quezon City (PGX): Eine Non-

Profit-Organisation im philippinischen Fairen Handel als Vermittler

- ICON -SP: Inter-Cultural Organizations' Network for Solidarity and Peace, Kidapawan City: Fairer Handel im Kontext von Menschenrechtsarbeit indigener Völker

- APFTI -Advocate for Philippine Fair Trade Inc., Quezon City: Möglichkeiten der Vermarktung von Fairtrade-Produkten innerhalb der Philippinen

Vorbereitung: Informationstag am 3.7.2010 in Amperpettenbach (bei München),

Vorbereitungsseminar 22.-23. Oktober 2010 voraussichtlich in München.

Reisekosten: ca. 1.900€

Reisebegleitung: Dr. Markus Raschke, Elisabeth Dersch (FAIR Handelshaus Bayern eG)
Kooperationspartner: In Zusammenarbeit mit dem Philippinenbüro Essen und mit Unterstützung von Philair International Flugreisen GmbH, Bonn

Ansprechpartnerin im FAIR Handelshaus Bayern ist Elisabeth Dersch unter 08133-917806 oder dersch@fairbayern.de

Das Echo der Migration

Philippinenbüro und Nicaraguabüro zu Schlüsselthema unserer Zeit

Niklas Reese / Judith Welkmann (Hrsg.): „Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften im globalen Süden verändert“; ca. 320 Seiten, Horlemann-Verlag 2010

Wenn hierzulande von Migration die Rede ist, dann geht es vorrangig um die Frage, ob diese für „die deutsche Wirtschaft“, für das deutsche Sozialsystem oder zum Ausgleich demographischer Verzerrungen nützlich ist. Je nach politischer Perspektive wird problematisiert, dass die „Integration“ oft scheitert oder dass sie von der Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend unterstützt werde. In beiden Fällen werden MigrantInnen erst dann wahrgenommen, wenn sie die Mauern der ‚Festung Europa‘ bereits überwunden haben – egal ob als ‚Problem‘ oder als ‚Bereicherung‘.

Abgesehen davon, dass es ethisch fragwürdig ist, die Anwesenheit von Menschen von deren „Nützlichkeit“ abhängig zu machen, werden die Gründe und Motive der Menschen für ihre Entscheidung, das eigene Land zu verlassen, nur selten thematisiert. Noch viel unzureichender ist die Kenntnis darüber, welche Prozesse in den Herkunftsgesellschaften stattfinden, die erst durch Migrationsbewegungen erzeugt werden. Dabei sind die Migrationsbedingten Umbrüche in den Herkunftsgesellschaften mindestens ebenso spürbar wie in den Aufnahmegesellschaften.

Um diese Wissenslücke ein wenig zu schließen, hat das philippinenbüro gemeinsam mit dem Informationsbüro Nicaragua den Sammelband „Das Echo der Migration. Wie Auslandsmigration die Gesellschaften

im globalen Süden verändert“ herausgegeben. Anhand zahlreicher Erfahrungsberichte und Studien in den Auswanderungsregionen Lateinamerikas und Südostasiens beschreiben die AutorInnen, wie Menschen mit einem Leben „zwischen den Welten“ zurecht kommen, warum sich Menschen entscheiden zu migrieren, in wie weit finanzielle Rücküberweisungen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung beitragen, wie sich Familien neu organisieren, wenn einzelne Mitglieder migrieren und wie sich hierdurch die Geschlechterverhältnisse verändern, unter welchen Umständen Migration Demokratisierungsprozesse in den Herkunftsländern anstoßen kann, und warum es für manche MigrantInnen so schwer ist, dauerhaft „nach Hause“ zurückzukehren.

Die vielfältigen Erfahrungen zeigen, dass Migration aus Sicht der Herkunftsgesellschaften nicht nach einem Schwarzweißmuster zu beurteilen ist, sondern dass sie negative wie positive Facetten hat. Unter welchen Umständen die negativen bzw. die positiven Aspekte überwiegen, wird anschaulich anhand unterschiedlicher Fallbeispiele beschrieben. Der Sammelband will so einen Beitrag leisten zu einem besseren Verständnis für MigrantInnen, für ihre Beweggründe, ihre Hoffnungen und Probleme, und natürlich für ihre Herkunftsgesellschaften in Lateinamerika und Südostasien (Schwerpunkt: Mexiko und die Philippinen).

Das Buchprojekt wurde mit Mitteln der Stiftung Umwelt & Entwicklung ermöglicht. Der Sammelband ist im Januar 2010 im Horlemann-Verlag erschienen und kann (für € 14,90 zzgl. Versand) über das philippinenbüro bestellt werden.

Countdown zum 10. Mai 2010

Wahltag in den Philippinen

Was ist zu wählen: **17.000 Ämter und Mandate** von der Dorfebene bis zum Präsidentenamt des Staates

Das Wahlalter: **18 Jahre**

Zahl der Wahlberechtigten: **51 Millionen**

Es gilt die **relative Mehrheit**: wer die meisten Stimmen erhält, gewinnt.

COMELEC - die Staatliche Wahl-Kommission ist zuständig für die ordnungsgemäße Durchführung einschließlich der Zulassung von WahlbeobachterInnen, darunter: **NAMFREL** - Nationale Bewegung für Freie Wahlen

Nach den Erfahrungen mit der Marcos-Diktatur hat die demokratische Verfassung von 1987 die Möglichkeit der Wiederwahl beschränkt:

Präsident/in und Vize werden für 6 Jahre gewählt ohne Wiederwahl

Das Parlament, der **Kongress**, besteht aus 2 Kammern:

Die 24 Mitglieder des **Senats** werden landesweit für 6 Jahre gewählt - alle 3 Jahre sind 12 Sitze zu besetzen - bei maximal 2 Legislaturperioden.

Die 256 Mitglieder des **Abgeordnetenhauses** können für 3 aufeinander folgende Legislaturperioden in Wahlkreisen kandidieren, die eine Region umfassen.

Auf der **kommunalen** Ebene werden die Mandate maximal 3 mal für je 3 Jahre vergeben.

*Neben traditionellen Parteien mit ihren oft eingesessenen Politikerfamilien, die die begrenzte Wiederwahl durch Rotation der Familienmitglieder bei der Kandidatur sowie einen Wechsel zwischen den Parlamentskammern indirekt umgehen, können Gruppen landesweit als **Parteilisten** zur Wahl antreten, um speziell die unterrepräsentierten Sektoren der Gesellschaft zu vertreten. Die 187 zur Wahl stehenden Listen können insgesamt bis zu 20 % der Abgeordneten stellen, jede einzelne darf aber maximal 3 Abgeordnete entsenden und benötigt einen Mindeststimmenanteil von 2 %.*

vgl. philippinenbüro: Seminarreader Wahlen 21.03.2010